

Schule et cetera

Wegweiser für Hessen



Grundsatzprogramm der Schüler Union Hessen
Beschlussvorlage für den Landestag 2015



SU
SCHÜLER UNION
Hessen

Vorwort Vincent Buchta – Landesvorsitzender

Liebe Freunde,

seit über 40 Jahren gibt es die Schüler Union in Hessen und setzt sich seitdem für die Interessen der hessischen Schüler ein. Basisnah, direkt und dem Grundsatz folgend „50% Politik- 50% Spaß!“ gestalten wir seit Anfang der 70er Jahre aktiv Bildungspolitik. Diese Erfolgsgeschichte ist einmalig und gilt es in den kommenden Jahren fortzusetzen.



Dabei ist für uns klar, dass wir aufbauend auf unseren christlich-konservativen und freiheitlich-liberalen Grundsätzen feste Inhalte vertreten, die uns als Landesverband im Bund besonders auszeichnen und mit denen wir auch in Hessen bereits viele Akzente haben setzen können. Das Wohl des Schülers, die Kontinuität im Schulsystem im Sinne eines Schulfriedens, der unseren Bildungspluralismus vor sozialistischen Attacken schützt, die Mehrgliedrigkeit und das Fördern-und-Fordern-Konzept, die beide zusammen jedem Schüler optimale Anreize bieten sich bestmöglich zu entfalten, das Festhalten am Leistungsprinzip, welches die Beibehaltung von Noten und Sitzenbleiben miteinschließt, und nicht zuletzt auch die Vorbereitung auf das spätere Berufsleben als essentielle Funktion einer Schule. Mit diesem Wertefundament wollen wir uns jedoch nicht zufrieden geben; die Weiterentwicklung von Inhalten, der Blick in die Zukunft, das Verbessern von Fehlern sind stets Auftrag und Aufgabe einer Schülerorganisation, die sich nicht nur durch Vergangenes beweihräuchern lassen möchte, sondern auch den Schritt nach vorne wagen mag.

Wir vertreten die feste Auffassung, dass sich nicht der Schüler nach der Schule richten muss, sondern dass sich die Schule nach dem Schüler zu richten hat. Jeder Schüler ist individuell, hat Stärken und Schwächen, ist entweder praktisch oder theoretisch begabt. Eine Einheitsschule zwingt den Schüler in eine Schablone, zu der es keine Alternative gibt. Deshalb muss es auch in Zukunft im Interesse unserer aller sein keine Einheitsschule durch die Hintertür zuzulassen und stets für ein differenziertes, mehrgliedriges Schulsystem zu kämpfen.

Aufgrund der Fülle dieser Inhalte und ihrer unterschiedlichen Leseart sind wir als Landesvorstand auf die Idee gekommen ein neues Grundsatzprogramm aufzusetzen, das sich nicht nur alleine mit bildungspolitischen Themen auseinandersetzt, sondern auch eben diese aufgreift, die Schüler außerhalb der Schule beschäftigt. Infrastruktur, Drogenlegalisierung und Ausgehzeiten pars pro toto für eine Vielzahl von Themen, die nichts direkt mit der Schule als Institution zu tun haben, aber doch mit Schülern. „Schule et cetera – Wegweiser für Hessen“ lautet der Titel unseres Grundsatzprogrammes, das auf knapp 30 Seiten all unsere Positionspapiere zu einem großen Ganzen zusammenfasst.

Uns muss als Landesverband daran gelegen sein nicht nur durch Mitgliederzahlen zu glänzen, sondern auch durch ein klares inhaltliches Profil zu überzeugen. Wir wollen Schüler dazu anhalten mit uns ins Gespräch zu kommen, mit uns zu diskutieren und mit uns zu streiten. Nur so gelingt es uns im Sinne unserer Generation eine Schullandschaft zu gestalten, mit der wir alle zufrieden sind und die Hessen als Bildungsstandort weiter attraktiv und zukunftsfähig macht.

Möge die Schüler Union Hessen auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten an ihrer inhaltlichen Stärke festhalten, gedeihen und wachsen!

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen.

Vincent Buchta



Vorwort Neele Schauer – Redaktion

Liebe Freunde,

das Grundsatzprogramm steht für unsere Inhalte und Überzeugungen. In diesem Programm stellen wir uns als Organisation nicht nur vor, sondern vor allem auch dar. Dabei finden sich auf den folgenden Seiten die meisten unserer Positionen und Beschlüsse der letzten Jahre in aktualisierter und komprimierter Form wieder, die detaillierte Ausarbeitung unserer Vorschläge sind dabei nach wie vor in ausführlicheren Papieren zu finden.

Denn unser Grundsatzprogramm soll einen Überblick und Einstieg bieten, deshalb gibt es auch die Kurzfassung mit „Unser Programm in 12 Punkten“, denn wir wissen selber genau, das wir gerade Schüler nicht mit Text erschlagen, sondern mit klaren Positionen überzeugen müssen.

Ich hoffe, dass wir gerade dieses Motivieren in Zukunft mit unserem Grundsatzprogramm noch besser schaffen können. Ich habe mich sehr über die Aufgabe dieses Programm zu schreiben gefreut, denn mit unserem Grundsatzprogramm stellen wir die Weichen für die inhaltliche Ausrichtung der Schüler Union Hessen in Zukunft.

Der Titel „Schule et cetera – Wegweiser für Hessen“ ist selbsterklärend. Denn neben einem Plädoyer für die Bildungspolitik, stehen wir auch für andere Politikbereiche die, die Lebensrealität von Schülern betreffen, schließlich machen wir „Politik von Schülern für Schüler“.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und Durchblättern.

Neele Schauer



Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätze
2. Frühkindliche Bildung
 - a) Alternativen und Chancen der frühkindlichen Bildung
 - b) Sprachförderung als Grundlage der Zukunft
 - c) Über- und Unterforderung vorbeugen – Eignung prüfen
3. Die Grundschule als Fundament des weiteren Lebens- und Bildungswegs
 - a) Homogenisierung der Lerngruppen
 - b) Alle guten Dinge sind Vier
 - c) Grundregeln in der Grundschule
 - d) Sprache als Schlüssel zu Bildung
 - e) Grundlagen legen
 - f) Methodik
 - g) Attraktivitätssteigerung für das Grundschullehramt
 - h) kurze Beine – kurze Wege
 - i) Übergang auf die weiterführende Schule
4. Sekundarstufe
 - a) Schulpluralismus – individuelle Schüler, individuelle Schulen
 - b) Eine Zukunft für Haupt- und Realschulen schaffen
 - c) Ein Leben lang lernen – den ganzen Tag
 - d) Bildungsland – zwischen Großstadt und Dorf
 - e) Fächerkanon weiterentwickeln
 - f) Sportunterricht neu definieren
 - g) Werte leben und vermitteln
 - h) Herausforderungen sinnvoll meistern
 - i) Begabte fördern – Elite fordern
 - j) Bewertung vereinheitlichen
 - k) Lernen up-to-date
 - l) LSV Reform
 - m) Schule führt zum Schulabschluss
 - n) Oberstufe liberalisieren – Eigenverantwortung stärken
 - o) Realität in die Schulen holen
5. Attraktive Grundlagen legen – fruchtbare Impulse setzen
 - a) Werte wiederbeleben
 - b) **Jugendschutz** und **Jugend schützen**
 - c) Familie gestalten
 - d) Voraussetzungen
 - e) Lehrer – Multitalente angemessen vorbereiten



1 1. Grundsätze

2

3 Wir die Schüler Union (SU) Hessen sind die größte Schülerorganisation in Hessen mit
4 konservativ liberalem Profil. Wir bekennen uns zur Demokratie, dem christlichen
5 Menschenbild und betrachten die christlich-bürgerlichen Werte und Traditionen als unsere
6 Leitkultur.

7

8 Unser primäres Engagement liegt darin die Interessen der Schülergeneration im politischen
9 Alltag zu vertreten und zu stärken. Unser Leitmotiv liegt in „Grundsatzpolitik von Schülern
10 für Schüler“.

11

12 In diesem Grundsatzprogramm möchten wir unsere bildungs- und jugendpolitischen
13 Standpunkte und Grundsätze darlegen.

14

15 Ein Plädoyer für die Bildungspolitik

16

17 Die Bildungspolitik liegt für uns, als Schülerorganisation, naturgemäß im Fokus.

18 Gerade angesichts großer Herausforderungen, wie dem demografischen Wandel, müssen
19 wir uns auf die Bildung besinnen. Sie ist das Kapital unseres Landes. Im Vergleich zu vielen
20 anderen Staaten können wir nicht auf Rohstoffe oder andere Ressourcen zurückgreifen.

21 Als Land der „Dichter und Denker“ liegt unsere natürliche Ressource in der Bildung, der
22 Innovation und dem Ideenreichtum junger Leute. Bildungspolitik ist kein Randressort, denn
23 hier werden die Grundlagen von morgen gelegt: Die Entwicklung junger Menschen, die
24 effektive Weitergabe von Wissen an die nächste Generation, sowie die Vorbereitung auf das
25 spätere Arbeitsleben. Bildung und Bildungspolitik sind also substantiell, nicht nur für Schüler,
26 Eltern und Lehrer, sondern für den Staat insgesamt. Ganz grundsätzlich ist gute Bildung,
27 sowohl auf der individuellen als auch auf der staatlichen Ebene unsere Versicherung für die
28 Zukunft, deshalb ist sie so wichtig.

29

30 2. Frühkindliche Bildung

31

32 In den ersten sechs Lebensjahren erfolgt eine Vielzahl an entscheidenden
 33 Entwicklungsschritten. Es werden Grundlagen gelegt, auf die das gesamte spätere Leben
 34 aufbaut. Diese ersten sechs Jahre sind jedoch die Zeit, in der keine verpflichtende staatliche
 35 Bildung und Erziehung erfolgt. Und das ist auch richtig so! Die Erziehung ist das Recht und
 36 die Pflicht der Eltern. Deswegen haben sie die Entscheidungshoheit, wie ihr Kind (gerade im
 37 Kleinkindalter) erzogen wird. Wir, als Schüler Union Hessen, setzen uns dafür ein, dass
 38 weiterhin jeder Familie, als kleinste Funktionseinheit des Staates, das Recht obliegt, wie sie
 39 ihr Kind erzieht. Der Staat hat diese Entscheidungshoheit zu ermöglichen, indem er sinn- und
 40 reizvolle Alternativen und Chancen für Kind und Eltern schafft.

41

42 a) Alternativen und Chancen für die frühkindliche Bildung

43

44 Aus diesen Grundsätzen leitet sich eine deutliche Ablehnung einer Kita-Pflicht ab. Diese
 45 betrachten wir als signifikanten Eingriff in die Erziehungshoheit der Eltern.
 46 Nichtsdestotrotz ist eine staatliche Förderung frühkindlicher Bildung und Erziehung nicht nur
 47 wünschenswert, sondern unerlässlich um echte Chancengerechtigkeit und
 48 Wahlmöglichkeiten zu bieten.

49

50 Die SUH setzt sich deshalb für einen Kitausbau nach dem Nachfrageprinzip ein. Denn die
 51 Folge des Kitaausbaus darf nicht sein, dass Regionen entstehen, in denen Kitas leer stehen
 52 und andere, in denen ein erheblicher Mangel herrscht. Die SUH pocht auf einen sinnvollen,
 53 nachfrageorientierten und langfristig angelegten Kitausbau.

54

55 Um Eltern auch die Möglichkeit zu bieten ihr Kind selbst Zuhause zu betreuen, begrüßen wir
 56 die Einführung des Betreuungsgelds. Diese und weitere Maßnahmen in diese Richtung
 57 müssen stetig evaluiert und an aktuelle Gegebenheiten angepasst werden.

58

59 Außerdem sollen langfristig neue, individuelle Modelle für Kind und Eltern geschaffen
 60 werden.

61

62 Ferner ist die Aufnahmefähigkeit der Kinder, wie eingangs erwähnt, gerade in den ersten
 63 sechs Lebensjahren sehr hoch. Hieraus erklärt sich der hohe Stellenwert den die
 64 frühkindliche Bildung einnehmen sollte.

65 Während hier die Grundlagen für die Zukunft der Kinder und somit auch unseres Landes
 66 gelegt werden, gibt es in dieser Zeit (gerade im Vergleich zur späteren Schullaufbahn) wenig
 67 Förderangebote seitens des Staates.

68 Dies soll und muss sich ändern, wenn wir zukunftsfähig bleiben wollen. Deshalb fordern wir
 69 Angebote, die bereits sehr früh den Wissensdurst der Kleinkinder stillen und die Möglichkeit
 70 für jedes Kind, auch abseits der Kita durch den Staat gefördert zu werden.

71

72 b) Sprachförderung als Grundlage der Zukunft

73

74 Die deutsche Sprache ist die Grundlage unserer Kommunikation und unseren Lebens. Die
 75 einwandfreie Beherrschung derselben ist demzufolge die Grundlage für die Zukunft eines
 76 jeden Kindes und die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Gerade im
 77 Kleinkindalter sind lernfortschritte und –tempo individuell sehr unterschiedlich, auf diese
 78 Differenzen muss gerade im Bereich der Sprachförderung eingegangen werden. Ohne eine



79 Kita-Pflicht stellt sich die Frage wie und durch wen der Kenntnisstand der Kleinkinder
80 festgestellt werden soll.
81 Die Schüler Union Hessen spricht sich klar für frühzeitige, regelmäßige gesundheitliche
82 Untersuchungen bei Kindern aus, um eventuelle Krankheiten oder Fehlentwicklungen
83 frühzeitig erkennen und entgegensteuern zu können. Deshalb begrüßt die SU, dass seit dem
84 1. Januar 2008 die Untersuchungen U1 bis U9 für alle in Hessen gemeldeten Kinder
85 verpflichtend sind.
86 Im Rahmen dieser Untersuchungen soll in Zukunft jedoch nicht nur die gesundheitliche
87 Entwicklung, sondern auch die Sprachliche regelmäßig evaluiert werden. Diese Evaluation
88 soll es ermöglichen verpflichtende Sprachförderungsmaßnahmen umzusetzen.
89 Sprachförderung erlangt nicht erst mit Beginn der Schullaufbahn an Bedeutung, ganz im
90 Gegenteil ist es dann oftmals fast zu spät.
91 Denn die Sprache ist nicht nur essentiell für die Sozialisation und Integration von Kindern in
92 die Gesellschaft, sondern ist auch der Grundstein für einen erfolgreichen Bildungsweg. Um
93 dies allen Kindern zu ermöglichen, fordern wir verpflichtende Sprachförderungsmaßnahmen
94 als Folge für nicht ausreichend gute Bewertungen der Sprachentwicklungen. Nur so lässt sich
95 sicherstellen, dass jedes einzelne Kind von Beginn an eine solide Ausgangsposition hat, mit
96 der es erfolgreich in einen wichtigen Teil seiner Zukunft starten kann.

97

98

99 c) Über- und Unterforderung vorbeugen – Eignung prüfen

100

101 Ein weiterer wichtiger Faktor hierfür sind die ebenfalls verpflichtenden
102 Schuleingangsuntersuchungen, die vor der Einschulung den individuellen Entwicklungsstand
103 eines Kindes beurteilen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, falls dies nötig ist. Diese
104 Untersuchungen werden von der Schüler Union Hessen begrüßt, da sie gegebenenfalls vor
105 der eigentlichen Einschulung in die erste Klasse eventuell notwendige Fördermaßnahmen
106 erteilen können und somit jedem Kind den idealen Start ins Schulleben erleichtern. Dabei
107 müssen die Fördermaßnahmen transparent gestalten werden und eine verpflichtende
108 Teilnahme gewährleistet werden.

109



110 2) Die Grundschule als Fundament des weiteren Lebens- und Bildungswegs

111

112 Die Grundschule bildet das Fundament des weiteren Lebens- und Bildungsweges eines jeden
 113 Kindes. Deswegen muss ihre Aufgabe darin bestehen, Grundlagen zu schaffen, auf denen
 114 später aufgebaut werden kann. Neben elementaren Kenntnissen wie Lesen, Schreiben und
 115 Rechnen, dürfen aber auch andere Fähigkeiten, wie beispielsweise die Fähigkeit des
 116 aufmerksamen Zuhörens und Lesens, sowie Sozialkompetenzen nicht vernachlässigt werden.
 117 Des Weiteren soll bereits in der Primarstufe darauf hingewirkt werden, dass die Kinder
 118 eigenständiger werden und lernen selbst Verantwortung zu übernehmen. Hierzu gehört
 119 zweifelsfrei auch, dass die Grundschule den Kindern wertevermittelnd entgegenzutreten muss,
 120 um bereits vorhandene Werte zu festigen oder eventuelle Versäumnisse nachzuholen. Die
 121 folgenden Ideen sollen Kinder fördern, fordern und für die Zukunft rüsten, ohne dabei
 122 Kompromisse hinsichtlich ihrer Freizeit und ihres „Kindseins“ zu machen.

123

124 a) Homogenisierung der Lerngruppen

125

126 Beim Eintritt in die Grundschule muss zwischen verschiedenen Qualifikationen der Kinder
 127 unterschieden werden. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die vorher bereits in der Kita
 128 waren, und auf der anderen Seite diejenigen, auf die dies nicht zutrifft.
 129 Beispielsweise sind Kinder, die im Kindergarten waren, es gewohnt Teil einer größeren
 130 Gruppe zu sein und haben gelernt sich dementsprechend zu verhalten. Kindern, die nicht im
 131 Kindergarten waren müssen diese Sozialkompetenzen meist erst erlernen.
 132 Auf die unterschiedlichen Startbedingungen der Kinder müssen die Grundschulen individuell,
 133 konsequent und behutsam eingehen. Nur durch ein gemeinsames Level an Kompetenzen, zu
 134 denen auch Konzentrationsfähigkeit gehört, kann der Lernerfolg einer Klasse gewährleistet
 135 werden. Ferner gewinnen diese Schlüsselkompetenzen während der Schullaufbahn, vor
 136 allem hinsichtlich der weiterführenden Schule, zunehmend an essentieller Bedeutung für die
 137 Schüler.

138

139 b) Alle guten Dinge sind Vier

140

141 Die Länge der Grundschulzeit ist häufig Bestandteil großer Systemexperimente. Dabei soll im
 142 Sinne des längeren gemeinsamen Lernens die Primarstufe nicht mehr wie bisher 4 Jahre,
 143 sondern zwischen 6 und 10 Jahren betragen.

144 Solche Vorschläge sind nicht zielführend. Jeder Schüler lernt in seinem individuellen Tempo
 145 und hat individuelle Begabungen. Eine Verlängerung der Grundschulzeit hätte unweigerlich
 146 zu Folge, dass diese individuellen Eigenschaften ignoriert würden und somit die Talente des
 147 Einzelnen nicht bestmöglich entwickelt werden können. „Schnelle“ würden unnötig
 148 gebremst, „Langsame“ werden überfordert.

149 Das Kind müsste sich dem Schulsystem anpassen, nicht die Schule dem Kind.

150 Diesen Bestrebungen ist entgegenzuwirken und an der vierjährigen Primarstufe
 151 festzuhalten.

152 Die von Kritikern sooft bemängelte frühe Kategorisierung in der 4. Klasse muss als Chance
 153 zur frühen Individualisierung und als Möglichkeit verstanden werden, auf die Bedürfnisse
 154 jedes einzelnen Schülers einzugehen. Das Argument, in der 4. Klasse ließe sich der
 155 Leistungsstand und das Leistungspotential des Schülers nicht oder nur schwer ermitteln, ist
 156 wenig schlüssig, da in späteren Jahren durch die einsetzende Pubertät und den damit
 157 einsetzenden Veränderungen eine korrekte Einstufung fast unmöglich wird.

158



159 c) Grundregeln in der Grundschule

160

161 Die Grundschule muss von Anfang an klare und verständliche Regeln aufstellen und
162 kommunizieren. Dadurch soll bereits ab der Einschulung vermieden werden, dass sich nicht
163 angebrachte Verhaltensweisen etablieren und somit später noch schwieriger zu ändern sind.

164 Um diese Regeln umzusetzen, ist es besonders wichtig, die Eltern von Beginn an zu
165 informieren und mit einzubeziehen. Erziehung ist das Recht und die Pflicht der Eltern.

166 Wohingegen die schulische Bildung meist in der Hand des Staates liegt. Dabei sind Bildung
167 und Erziehung eng verzahnt und bauen aufeinander auf.

168 Eindeutige Informationen an die Eltern sind deswegen ebenso unerlässlich, wie Gespräche
169 zwischen Eltern und Lehrkräften bei Unstimmigkeiten. Nur so lässt sich gewährleisten, dass
170 Schule und Eltern am selben Strang ziehen und damit eine gute Erziehung und Bildung
171 garantieren.

172

173 Hier soll vor allem auf die Schwierigkeiten kultureller Unterschiede zwischen unserer
174 Leitkultur und der von Kindern aus anderen Kulturen eingegangen werden. Dabei ist es nicht
175 zielführend ausschließlich mit den Schülern ins Gespräch zu kommen. Hier müssen vielmehr
176 die Eltern dazu motiviert werden keine Diskrepanz zwischen den allgemein gültigen
177 Grundsätzen des deutschen Bildungssystems und ihren ursprünglichen, eventuell
178 konkurrierenden Vorstellungen entstehen zu lassen. Zum Beispiel müssen auch Mädchen die
179 Möglichkeit erhalten, ungehindert dieselbe Bildung zu genießen wie Jungen.

180

181 d) Sprache als Schlüssel zu Bildung

182

183 Neben der häuslichen Erziehung, die in Einzelfällen, nicht kompatibel mit den
184 Anforderungen des Schulbetriebs ist, sind Sprachprobleme die wohl größte Hürde für eine
185 erfolgreiche Schulkarriere. Kinder, die kein oder nur teilweise korrektes Deutsch sprechen
186 können, haben von Anfang an große Probleme in der Schule. Denn ohne die Fähigkeit der
187 deutschen Sprache mächtig zu sein fehlt ihnen der Schlüssel zum Bildungsangebot. Dabei
188 haben sie keinen Zugang um beispielsweise Lesen und Schreiben zu lernen. Dies stellt nicht
189 nur für die betroffenen Schüler selbst ein Problem dar, sondern für die gesamte Klasse. Da
190 sich der Lehrer hier verstärkt um das Kind mit Sprachproblemen kümmern muss und
191 dadurch alle anderen unweigerlich vernachlässigt.

192 Hier fordert die Schüler Union entschieden entgegenzuwirken. Dabei reichen Sprachkurse in
193 der Grundschule nicht aus. Stattdessen muss eine wirksame Vorarbeit im Vordergrund
194 stehen. Diese Vorarbeit muss eng mit der Grundschule verzahnt werden, damit ein
195 reibungsloser Übergang zwischen den verschiedenen Angeboten zur Sprachförderung
196 gewährleistet wird, um Chancengleichheit im Sinne des Schülers zu schaffen. Denn die
197 deutsche Sprache ist die Schlüsselqualifikation, auf der unser Bildungssystem zu Recht
198 beruht.

199

200 e) Grundlagen legen

201

202 Die Hauptaufgabe der Grundschule besteht darin, den Schülern Grundkenntnisse,
203 insbesondere Lesen, Schreiben und Rechnen, beizubringen.

204 Vor allem beim Schreiben wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl an neuen und
205 alternativen Methoden verwendet. Die haben alle eines gemein: Sie sind ineffektiv,
206 ineffizient und verfehlen das eigentliche Ziel – den Kindern das Schreiben beizubringen.



207 Exemplarisch ist die Methode „Schreiben nach Gehör“. Die meisten Kinder, welche so
 208 geschult wurden, machen auch später noch überdurchschnittlich viele Rechtschreibfehler
 209 und haben dementsprechend während ihrer weiteren Schullaufbahn erhebliche
 210 Schwierigkeiten, diese Fehler zu beseitigen. Aufgrund dessen spricht sich die Schüler Union
 211 Hessen klar gegen die kontinuierliche Abschaffung von bewährten Methoden und die damit
 212 einhergehende Einführung neuer, schädlicher Methoden aus.

213
 214 In Zeiten einer globalisierten Welt wird die englische Sprache, neben der Muttersprache
 215 Deutsch immer wichtiger. Um dem Rechnung zu tragen und den Schülern optimale Chancen
 216 zu gewährleisten, fordert die Schüler Union Hessen die verpflichtende Einführung des
 217 Schulfachs Englisch ab der zweiten Klasse. Dies soll anfangs spielerisch und mit geringer
 218 Stundenzahl geschehen und sich kontinuierlich steigern, sodass in der vierten Klasse bereits
 219 ein ausreichendes Fundament vorhanden ist, um nahtlos in der fünften Klasse
 220 weiterzuarbeiten.

221
 222 Generell muss im Schulbetrieb bereits in der Grundschule darauf geachtet werden, dass
 223 nicht nur die lernschwächeren Schüler Unterstützung erhalten, sondern auch die lernstarken
 224 Schüler ausreichend berücksichtigt und gefördert werden. Unterlässt die Schule dies, riskiert
 225 sie den Motivationsverlust dieser Kinder und ist somit Wegbereiter für Langeweile,
 226 abnehmende Mitarbeit und Störung der anderen Schüler beim Lernen.
 227 Um dem vorzubeugen, sollten Lehrkräfte darauf achten, jeden Schüler gemäß dem Motto
 228 „fördern und fordern“ ausreichend zu unterstützen und zu fordern.

229
 230 f) Methodik

231
 232 Ein weiteres Problem stellt die große Diskrepanz zwischen Methodik und Umfang der
 233 Grundschulen und der weiterführenden Schulen dar. Unabhängig davon, ob die Schüler
 234 später ein Gymnasium, eine Haupt- oder Realschule besuchen, werden sie durch die
 235 Grundschule nur unzureichend auf den wesentlich höheren schulischen Lernaufwand
 236 vorbereitet. Vor allem die Überforderung bezüglich der Hausaufgaben führt zu einer
 237 erheblichen Arbeitsbelastung, die weit über die reguläre Schulzeit viele an den Schreibtisch
 238 zu Hause bindet. Dabei ist weniger die Masse der zu verrichtenden Arbeit das Problem,
 239 sondern vielmehr der sowohl quantitativ als auch qualitativ hohe Unterschied zu den
 240 didaktisch spielerisch gestalteten Hausaufgaben der Grundschule. Überfordert und
 241 überlastet von den hohen Anforderungen der Unterstufe tritt eine Resignation bezüglich der
 242 Hausaufgaben ein, sodass sie zu einem großen Teil entweder sehr mangelhaft oder gar nicht
 243 gemacht werden.

244
 245 Diesem Misstand soll durch eine kontinuierliche, quantitative, sowie qualitative Steigerung
 246 der Hausaufgaben bereits während der Grundschule entgegen gewirkt werden. Denn ein
 247 etappenweiser Anstieg der Schulaufgaben ist wesentlich schülerfreundlicher als ein radikales
 248 Mehr an Hausaufgaben. Hierbei ist es Aufgabe der einzelnen Grundschulen die
 249 „Kuschelpädagogik“ kontinuierlich durch ein professionales Maß an Methodik zu ersetzen.
 250 In Folge dieses Angleichens des Hausaufgabenniveaus auf die Ebene der weiterführenden
 251 Schulen wird der Übergang harmonischer und einfacherer für die Schüler gestaltet, da ihnen
 252 Masse und inhaltliche Anforderungen nicht neu bzw. überfordernd erscheinen.

253
 254 Dies sollte dadurch unterstützt werden, dass das Methodentraining vom ersten Halbjahr der
 255 fünften Klasse in das zweite der vierten Klasse verlegt wird.



256

257 Es gibt viele Wege zu lernen und sich Inhalte einzuprägen. Dabei wird die systematische
258 Herangehensweise an Lernaufgaben oft verkannt bzw. an falscher Stelle im Lehrplan
259 gewürdigt.

260 So ist es für einen Schüler von bedeutender Wichtigkeit sich seines Lerntyps bewusst zu sein
261 und zu wissen, wie er oder sie persönlich am besten lernt. Um einen guten Übergang zur
262 weiterführenden Schule zu gewährleisten ist es essentiell diese Kenntnisse bereits während
263 der Primarstufe zu erlernen. Somit würden die Schüler signifikant besser auf die neuen
264 Anforderungen vorbereitet und das Lern- und Aufnahmepensum in der fünften Klasse
265 entschlackt.

266

267

268 g) Attraktivitätssteigerung für das Grundschullehramt

269

270 Damit individuelle Förderung und ein reibungsloser Schulalltag gewährleistet werden kann,
271 ist es notwendig kleine Klassen zu haben, so dass sich die Lehrkräfte entsprechend viel Zeit
272 für die einzelnen Schüler nehmen können.

273 Die Schüler Union Hessen tritt daher für mehr Grundschullehrstellen ein, um eine bessere
274 Versorgung zu garantieren. Auch in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen, darf hier nicht
275 gespart werden.

276 Ein weiteres Problem vor allem im Bereich der Grundschulen ist das Fehlen von männlichen
277 Lehrkräften. Laut Angaben des Kultusministeriums entscheiden sich nur circa fünf Prozent
278 der männlichen Lehramtsstudenten für das Grundschullehramt. Zusammen mit dem äußerst
279 geringen Anteil männlicher Erzieher in Kindergärten und Kindertagesstätten ergibt das einen
280 immensen Mangel an männlichen Bezugspersonen im Bildungssektor bis zur fünften Klasse.
281 Hier appellieren wir an die Landesregierung dem entgegenzuwirken.

282 Mögliche Maßnahmen wären neben einer allgemeinen Attraktivitätskampagne, Maßnahmen
283 zur Angleichung der tariflichen Eingruppierung von Grundschullehrern an Gymnasiallehrer.
284 Auch wenn die fachlichen Anforderungen an einen Gymnasiallehrer um einiges höher sind,
285 sind die pädagogischen Anforderungen beim Grundschullehramt ungleich höher. Diese
286 fehlende Wertschätzung in der Bezahlung gilt es abzuschaffen.

287

288

289 h) Kurze Beine – kurze Wege

290

291 Die insgesamt sinkenden Schülerzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die
292 Schülerzahlen in den großen Städten nicht sinken, sondern steigen. Damit auch räumlich die
293 Voraussetzungen für einen qualitativ hochwertigen Unterricht gegeben sind, ist es zum Teil
294 notwendig neue Gebäude zu errichten oder bestehende zu erweitern. Im Zuge der Inklusion,
295 die – sofern sie im Einzelfall sinnvoll ist – auch in der Grundschule stattfinden soll, ist deshalb
296 bei sämtlichen Bauvorhaben darauf zu achten, sie inklusionsgeeignet zu errichten.

297

298 Während in der Stadt neue Schulen gebaut werden müssen, kommt es auf dem Land
299 vermehrt zu Schließungen aufgrund geringer Schülerzahlen. Diese Schließungen sind kritisch
300 zu sehen. Trotzdem können diese im Einzelfall für die Schüler sinnvoll sein. Beispielsweise,
301 wenn die Schule so klein ist, dass sämtliche Schüler gemeinsam von einem Lehrer
302 unterrichtet werden müssen.



303 Letztlich müssen Schließungen im Interesse der Schüler geschehen, wenn sie dadurch eine
304 bessere Bildung gewährleistet bekommen. Selbstverständlich ist es im Falle eine
305 Schulschließung dann Aufgabe des Staates, einen geeigneten, schnellen und sicheren
306 Transport der Schüler bereitzustellen.
307 Ferner muss die Modernisierung auch in den Grundschulen stattfinden, da die Digitalisierung
308 neue Methoden und Herausforderungen, aber auch Chancen und Möglichkeiten birgt, auf
309 die bereits in der Grundschule, wie in der weiterführenden Schule eingegangen werden
310 muss.

311 312 i) Übergang auf die weiterführende Schule

313
314 Der Übergang in die weiterführenden Schulen ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem
315 reinen Übergang auf das Gymnasium geworden. Entgegen der Empfehlung der Lehrkraft
316 schicken viele Eltern ihre Kinder auf das Gymnasium, wo es dann oftmals überfordert ist,
317 schlechte Noten bekommt und schlussendlich niedergeschlagen die Schulform wechseln
318 muss.

319 Diesem Trend stellt sich die Schüler Union Hessen entgegen und fordert deshalb die
320 Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung.

321
322 Diese sieht vor, dass die Schüler nur die vom Grundschullehrer empfohlene Schulform nach
323 der vierten Klasse besuchen können. Einem späteren Wechsel der Schulform aufgrund
324 besonderer Leistungen steht natürlich nichts im Wege.

325 Es ist nur verständlich, dass Eltern für ihre Kinder nur das Beste wollen. Die mediale
326 Diskreditierung von Haupt- und Realschulen hat dazu geführt, dass diese Schulformen von
327 vielen Eltern als minderwertige Schulen angesehen werden und deshalb das Gymnasium der
328 vermeintlich einzige Weg zum Erfolg ist. Dem muss nicht nur medial entgegengewirkt
329 werden, sondern auch durch gezielte Gespräche mit den Eltern über Ausbildungs- und
330 Bezugsmöglichkeiten mit einem Real- oder Hauptschulabschluss, um die Akzeptanz der
331 verbindlichen Grundschulempfehlung zu erhöhen, auch wenn sie nicht Gymnasium lautet.
332 Sollte es doch zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Lehrer und Eltern kommen, so soll
333 eine Möglichkeit bestehen, einen zentralen Test in den Fächern Mathematik, Deutsch und
334 Sachkunde zu schreiben, dessen Ausgang über die zukünftige Schulform entscheidet.
335 Dadurch werden nicht nur Fehleinschätzungen des Lehrers korrigiert, sondern auch im Falle
336 des Nichtbestehens den Eltern klar aufgezeigt, warum ihr Kind eine bestimmte Schulform
337 besuchen sollte.

338 All dies gewährleistet den reibungslosen Übergang auf die richtige weiterführende Schule,
339 damit das Gelernte aus der Grundschule übergangslos weiterverwendet werden kann und
340 somit die Aufgabe der Grundschule, Grundlagen zu vermitteln, erfolgreich abschließt, sowie
341 einem erfolgreichen Schulweg nichts im Wege steht.

342



343 3. Sekundarstufe

344

345 Die Sekundarstufe ist, analog zur Grundschule als Fundament, das Gebäude was auf diesem
346 Stockwerk für Stockwerk, Schuljahr für Schuljahr aufbaut. Das Gebäude, das nicht nur die
347 Rahmenbedingungen sondern auch ein Stückweit die Zielsetzung des weiteren Lebens- und
348 Arbeitsweges darstellt. Denn die Primarstufe gibt allen Schülerinnen und Schülern denselben
349 Startpunkt. Zum Ziel führen jedoch für jeden Schüler individuelle Wege.

350

351 Das hessische Schulsystem bietet jedem einzelnen Schüler eine Vielzahl an Möglichkeiten
352 und noch mehr Chancen. Das zeichnet es aus und macht es international einzigartig. Wir als
353 Schüler Union wollen diese Vielfalt und Exzellenz bewahren und ausbauen. Dazu bedarf es
354 keines Systemumsturzes, sondern einer gezielten Perfektionierung unseres bewährten
355 Systems.

356

357 a) Schulpluralismus – individuelle Schüler, individuelle Schulen

358

359 Der größte Vorteil und Erfolgsfaktor der deutschen Bildungspolitik ist die Vielfältigkeit der
360 Schulformen. Zurzeit bietet unser Schulsystem etliche Möglichkeiten von Integrierten
361 Gesamtschulen, Haupt- und Realschulen, Förderschulen bis hin zum 8 oder 9 jährigen
362 Gymnasium.

363

364 Erst dieser Schulpluralismus ermöglicht es den Schulen, sich auf praktische oder theoretische
365 Aspekte zu spezialisieren. Und erst dadurch gibt es eine echte Wahlfreiheit für die Schüler.
366 Denn durch diesen Pluralismus kann jeder Schüler bereits früh frei wählen für welche
367 Zukunft er sich entscheiden möchte. Aber auch dieser Weg ist nicht endgültig. Jedem Schüler
368 steht die Möglichkeit offen sich mit Fleiß und Willen von der Hauptschule bis zum Abitur
369 vorzuarbeiten oder den eingeschlagenen Weg in eine andere Richtung zu ändern.
370 Denn es gilt weiterhin: Von einem Startpunkt gibt es mehrere individuelle Wege zum Ziel.

371

372 Zugleich schafft die Mehrgliedrigkeit nicht nur Wahlfreiheit, sondern auch neue
373 Gerechtigkeit. Die Lerngruppen werden dadurch nach Interessen und Talenten stärker
374 homogenisiert. Dies erleichtert Lehren und Lernen zu gleichen Teilen und verhindert, dass
375 Starke unterfordert sind und Schwache hinterherhinken.

376

377 Weiter braucht unsere Gesellschaft einen Pluralismus an zukünftigen Arbeitnehmerinnen
378 und Arbeitnehmern, denn keine Gesellschaft besteht nur aus Mathematikern oder nur aus
379 Krankenschwestern. Unsere Wissensgesellschaft basiert auf einem pluralistischen System,
380 das für jeden die individuell richtige Möglichkeit bietet.

381

382 Wir lehnen deshalb die Forderungen nach einer Einheitsschule kategorisch ab, da diese den
383 individuellen Schüler ignoriert und keinerlei Gerechtigkeit bringt, im Gegenteil diese sogar
384 abschafft.

385 Auch in einer Einheitsschule gibt es keine Einheitskinder.

386

387 Unser Ziel, als Schüler Union Hessen, ist es deshalb unser jetziges System in Einzelheiten zu
388 verbessern, damit es noch durchlässiger und leistungsgerechter und damit zukunftssicherer
389 wird.

390



391 b) Eine Zukunft für Haupt- und Realschulen schaffen

392

393 Für uns steht im Sinne dieser Mehrgliedrigkeit fest, dass die Haupt- und Realschulen – und
394 vor allem die durch sie zu erlangenden Abschlüsse – überaus wichtig für unser Land sind. Sie
395 sind ein wichtiger Bestandteil unseres Schulpluralismus und unserer Wirtschaft.

396

397 Nichtsdestotrotz scheinen Haupt- und Realschulen am Anfang einer Existenzkrise zu stehen,
398 denn obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler die ihre Schullaufbahn mit einem Haupt-
399 oder Realschulabschluss beenden konstant geblieben ist, sind die Anmeldezahlen signifikant
400 rückläufig. Hierdurch wird verdeutlicht, dass die Haupt- und Realschulen keine
401 Auslaufmodelle sein dürfen, da ihre Leistungsanforderungen dem Leistungsniveau eines
402 Großteils der Schüler entsprechen. Wir bieten im Folgenden verschiedene Angriffspunkte
403 und Lösungsansätze um dies zu gewährleisten.

404

405 Dem rapiden Imageverlust, gerade der Hauptschulen, in den letzten Jahren ist entschieden
406 entgegenzuwirken. Die vielfach monierte Aussichtslosigkeit von Haupt- und
407 Realschulabsolventen in gesellschaftlicher, wie ökonomischer Sicht ist gerade vor dem
408 Hintergrund des „Fachkräftemangels“ unverständlich. Um dieses falsche Bild der
409 Bildungsinstitutionen zu korrigieren, fordern wir Politik, Wirtschaft und Schulen auf aktive
410 Aufklärungsarbeit zu leisten, gerade in Hinblick auf die sehr erfolgreichen dualen
411 Ausbildungsmöglichkeiten.

412

413 Eine der wichtigsten Baustellen einer Neu- und Umgestaltung der Haupt- und Realschule
414 sind der Unterrichtsaufbau und die Unterrichtsinhalte. Hier muss eine stärkere
415 Praxisorientierung erfolgen, denn viele Ausbildungsbetriebe beklagen, dass viele Schüler
416 zwar gutes Wissen in vielen Bereichen besäßen, es allerdings schlecht bis gar nicht praktisch
417 anzuwenden wüssten.

418

419 Dieses Mehr an Lebens- und Berufsnähe muss vor allem in den Fächern Mathematik, Physik,
420 Chemie und Informatik forciert werden. Denn dies sind jene Fächer, welche für einen
421 erfolgreichen Abschluss der Berufsausbildung und für ein gutes Vorankommen im
422 anschließenden Berufsleben heutzutage unerlässlich sind.

423 Zudem muss die wirtschaftliche und politische Bildung der Haupt- und Realschüler
424 intensiviert werden. Es kann nicht sein, dass die Mehrheit der Schulabgänger so gut wie kein
425 Wissen über unser ökonomisches und politisches System hat. Diesbezüglich ist die
426 Einführung eines Fachs „Wirtschafts- und Sozialkunde“ in den hessischen Haupt- und
427 Realschulen sinnvoll. In diesem Bereich würde Hessen durch dieses Fach eine Vorreiterrolle
428 in Deutschland einnehmen, neue Standards setzen können und am Wichtigsten: den
429 hessischen Schülerinnen und Schülern eine weitere Qualifikation mit geben.

430 Gerade heute, in Zeiten der Globalisierung wird die Bedeutung der englischen Sprache
431 immer wichtiger, dies soll auch in den Haupt- und Realschulen deutlich werden. So dass der
432 Englisch Unterricht der Grundschule reibungslos in der Sekundarstufe weitergeführt werden
433 muss.

434 Der Arbeitslehreunterricht sollte grundlegend reformiert und mehr an die Realität angepasst
435 werden, unter anderem durch eine bessere Weiterbildung der Lehrkräfte und
436 Kooperationen mit Ausbildungsbetrieben

437

438



439 Ein äußerst wichtiger Teil des praxisorientierten Lernens und der Berufsorientierung, die
440 beide ein Auftrag der Haupt- und Realschulen sein müssen, sind Betriebspraktika. Eine
441 Einführung von zwei verpflichtenden, dreiwöchigen Praktika ist deshalb unerlässlich. Das
442 erste Praktikum soll in der 8. und das zweite zu Beginn der 9. Jahrgangsstufe erfolgen, so
443 dass die Berufsorientierung für Hauptschüler vor den Bewerbungsfristen abgeschlossen ist.
444 Für Realschulen ist ein weiteres freiwilliges, zweiwöchiges Praktikum vor bzw. einschließlich
445 der Herbstferien der 10. Klasse zu erwägen, um eine endgültige Entscheidung bezüglich der
446 Berufswahl zu treffen.

447
448 Ferner soll in Haupt- und Realschulen, dass in Gymnasien sehr erfolgreiche Konzept Fördern
449 und Fordern adaptiert werden, sowie eine verstärkte Zusammenarbeit der Haupt- und
450 Realschulen mit Unternehmen und Betrieben von Ort gefördert werden.

451
452 Grundsätzlich sind ein Imagewandel, Qualitätssteigerungen und stärkere
453 Kompetenzförderung für die Zukunftsfähigkeit der Haupt- und Realschulen unabdingbar und
454 deshalb auch von großer Bedeutung, da Haupt- und Realschulabschlüsse essentieller
455 Bestandteil unseres Bildungssystems sind und bleiben müssen.

456
457 c) Ein Leben lang lernen – den ganzen Tag
458
459 Für uns, als Schüler Union Hessen, sind Ganztagschulen (GTS) als Chance und Möglichkeit zu
460 sehen. Durch G8 und dem damit verbundenen Nachmittagsunterricht ist die Schule zum
461 Lebensmittelpunkt vieler Schüler geworden. Dasselbe gilt heute für G9 und andere
462 Schulformen. Damit ist jedoch auch verbunden, dass Ganztagschulen nicht zu bloßen
463 „Aufbewahrungsstätten“, sondern Ausbildungsorten werden, in denen Bildung und darüber
464 hinaus Werte vermittelt werden. Für uns steht dabei fest, dass Schulen ein fakultatives
465 Angebot als „offene Ganztagschulen bieten müssen, damit echte Wahlfreiheit geboten
466 wird. Denn die Erziehungshoheit der Eltern kann und darf nicht durch die Schule abgelöst
467 werden.

468
469 Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Aus diesem Grund stehen für
470 uns die Schüler im Mittelpunkt bei der Debatte um Ganztagschulen. Diese bieten
471 Möglichkeiten aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen aufzugreifen. Mit diesem
472 Konzept möchten wir vor allem zur Förderung von Sozial- und Methodenkompetenz
473 beitragen. Des Weiteren möchten wir die Weichen für ein familienfreundliches und
474 integrationsförderndes Bildungssystem stellen.

475
476 PISA-Studien haben gezeigt, dass Länder wie Finnland oder Kanada mit einem
477 ausgereiften GTS-Konzept sehr gute Bildungsstandards vorweisen können.
478 Aktuell müssen laut der Definition der Kultusministerkonferenz Ganztagschulen
479 mindestens an drei Wochentagen Nachmittagsangebote für Schüler der Sekundarstufe I
480 bereitstellen. Dies reicht nicht aus um eine echte Alternative zu schaffen. Deshalb fordern
481 wir Schulen zu verpflichten, an jedem Schultag Nachmittagsangebote bereitzustellen.
482 Eine zentrale Rolle sollen hierbei Vereine, Sportvereine, Kirchen, Jugendorganisation von
483 Gewerkschaften und politische Jugendgruppen und karitative Verbände spielen. Dem
484 oftmals beklagten Vereinssterben durch längere Schultage, soll durch die Einbindung der
485 selbigen in unser Schulsystem, entgegen gewirkt werden.



486 Denn ihre hervorragende Rolle bei der Bildung und Charakterentwicklung von Kindern und
 487 Jugendlichen, soll keineswegs durch die Weiterentwicklung von Ganztagschulen
 488 geschwächt werden. Im Gegenteil, gerade durch die Kooperation von Vereinen und
 489 Verbänden mit Schulen soll das Angebot für Jugendliche weiter ausgebaut werden und in
 490 Arbeitsgemeinschaften(AGs) praktisch umgesetzt werden, denn auch die Schulen verfügen
 491 nicht über die personellen und räumlichen Ressourcen um ein zufriedenstellendes Angebot
 492 anzubieten. Durch die verstärkte Einbindung von ehrenamtlichen Helfern und der Nutzung
 493 von Vereinseigentum können sowohl die Kosten des Ausbaus von Ganztagschulen in
 494 Grenzen gehalten werden, als auch mögliche Wettbewerbssituationen zwischen Schule und
 495 Verein vermieden werden. Hier lautet die Devise „sowohl als auch“ und nicht „entweder –
 496 oder“. Dadurch werden sowohl Schulen als auch Vereine gestärkt und leisten einen Beitrag
 497 zur Verbesserung des Schulalltages.

498
 499 Konzeptionell soll dies so umgesetzt werden, dass in den Nachmittagsstunden vor allem
 500 künstlerische Fächer und der Sportunterricht stattfinden, um der in den Nachmittagsstunden
 501 geringeren Konzentrationsfähigkeit der Schülerschaft Rechnung zu tragen.

502
 503 Wichtig ist in Ganztagschulen die Schulverpflegung. Hierbei müssen neben den
 504 Qualitätsstandards für Hygiene auch verbindliche Regelungen zur Qualität getroffen werden,
 505 vor allem bezüglich der gesunden Ernährung. Um den Trends zu Übergewichtigkeit gerade
 506 bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken, können Schüler darüber hinaus vermehrt
 507 z.B. über Koch-AGs für das Thema gesunde Ernährung sensibilisiert werden und praktische
 508 Fähigkeiten erlernen.

509
 510 Ein großer Vorteil den Ganztagschulen bieten ist, dass beiden Elternteilen die
 511 Möglichkeit geboten wird ganztägig berufstätig zu sein. Daher fördern solche
 512 Schulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gemäß unserem Grundsatz der
 513 Wahlfreiheit sprechen wir uns klar gegen GTS-Konzepte in gebundener Form aus.
 514 Wir möchten, dass der Staat neutral bleibt und keines der Erziehungskonzepte
 515 bevorteilt, deshalb stellen Ganztagschulen eine Möglichkeit, aber keine Verpflichtung dar.

516

517

518 d) Bildungsland – zwischen Großstadt und Dorf

519

520 Gerade im Zuge des Ausbaus der Ganztagschulen sind die Unterschiede zwischen
 521 dichtbesiedelten Regionen, wie dem Rhein-Main Gebiet und ländlicheren Regionen in
 522 Hessen deutlich geworden. Hierbei geht es wieder vordergründig um eine gute Versorgung
 523 in ganz Hessen.

524 Dabei ist immer zu beachten, dass gerade im ländlichen Raum rückläufige Schülerzahlen
 525 Schulschließungen unumgänglich machen. Situativ sind dies nicht nur ökonomisch richtige
 526 Entscheidungen, denn jahrgangsübergreifender Unterricht oder eine schlechte
 527 Lehrerversorgung laufen einer guten Schulrealität entgegen. Hierbei müssen kreative und
 528 zielführende Lösungen gefunden werden, bei denen auch verschiedene Schulformen am
 529 selben Ort unterrichtet werden können. Dabei darf der Unterschied der verschiedenen
 530 Bildungswege nicht verwässert werden und muss trotz räumlicher Nähe inhaltlich klar
 531 differenziert sein.

532 Die Situation in vielen Großstädten ist hingegen ganz anders. Hier sind teilweise steigende
 533 Schülerzahlen zu verzeichnen. Auch auf diese Veränderungen muss eingegangen werden, so



534 dass Schulneubauten oder –erweiterungen unumgänglich sind. Dabei muss darauf geachtet
535 werden, dass moderne Ausstattung und zukunftsfähige Konzepte gewählt werden.

536

537 Wichtig ist für uns als Schüler Union, dass der Wohnort nicht ausschlaggebend für gute
538 Bildung sein darf und Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden.

539

540 e) Fächerkanon weiterentwickeln

541

542 Neben Strukturdebatten sind die Fragen nach dem inhaltlichen Aufbau des Unterrichts, der
543 Akzentuierung und Ausrichtung des Gelehrten fundamental in der Bildungspolitik.

544

545 Momentan variieren die Unterrichtsfächer und Inhalte zwischen den Schulformen stark.
546 Sogar zwischen Schulformen, die zum selben Abschluss führen, gibt es signifikante
547 Unterschiede. Diese sind vor dem Hintergrund standardisierter Abschlussprüfungen und
548 dem Wunsch nach Vergleichbarkeit, auch über die hessischen Landesgrenzen hinaus,
549 paradox.

550 Diese Ungleichheit ist nicht nur in Anbetracht von Standardisierungen der Bildung paradox,
551 sondern führt vor allem im Zuge der Durchlässigkeit der Schulformen zu großer
552 Ungerechtigkeit und ungleichen Voraussetzungen.

553

554 Die Schüler Union Hessen fordert deshalb, dass an allen weiterführenden,
555 allgemeinbildenden Schulen in Hessen die gleichen Fächer unterrichtet werden sollen.
556 Dies gewährleistet die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, Vergleichbarkeit und
557 bessere Chancen für unsere Schüler.

558

559 Ferner ist der Unterrichtsaufbau zu überdenken. Die seit über 100 Jahren konsequent und
560 als allgemeingültige Methode des linearen Unterrichtsverlaufs, ist nicht mehr zeitgemäß.
561 Epochales Unterrichten en bloc ist in vielen Fällen deutlich effektiver, zeitgemäßer und
562 sinnvoller. Gerade in den Naturwissenschaften und Fremdsprachen wäre en bloc Unterricht
563 wichtig, damit zum Beispiel umfangreiche Experimente durchgeführt oder Themen
564 verinnerlichend mit Praxisbezug bearbeitet werden können. Wir fordern deshalb, das lineare
565 Unterrichten durch epochales zu ergänzen und teilweise zu ersetzen.

566

567 Das Unterrichtsfach **Politik und Wirtschaft** ist von zentraler Wichtigkeit für die fundierte
568 Bildung eines mündigen Staatsbürgers. Aus diesem Gedanken heraus ist es unhaltbar, dass
569 viele Schulabgänger unzureichende politische und wirtschaftliche Kenntnisse haben. In einer
570 komplexen und globalisierten Welt ist ein solides Wissen über Politik und Wirtschaft
571 unabdingbar. Durch den Unterricht kann und muss dem viel beklagten Politikverdross
572 entgegengewirkt werden, nur durch einen gewissen Umfang an politischer Bildung sind
573 Trends wie dem zunehmenden Nichtwählen entgegenzuwirken.

574 Das Fach Politik und Wirtschaft muss an allen weiterführenden, allgemeinbildenden Schulen
575 allgemeinverbindlich werden und darf nicht abwählbar sein.

576

577 Die **künstlerischen Fächer** an den weiterführenden Schulen haben neben der Förderung der
578 kreativen Arbeitsweise auch den Zweck, als sinnvoller und vollkommen andersgearteter
579 Ausgleich zu den anderen Unterrichtsfächern zu dienen.

580 Diesen Aufgaben können die Fächer Kunst, Musik und Darstellendes Spiel (Theater)

581 allerdings nur dann gerecht werden, wenn die Schüler auch Interesse und Begabung für das



582 jeweilige Fach zeigen. Um das Interesse an den drei musischen Fächern weiter zu steigern,
 583 sollte der praktische Anteil der Fächer zunehmen und mehr Bezug auf Aktuelles genommen
 584 werden. Werden die Schüler hingegen, wie heute üblich, in eines der drei rhythmisch
 585 wechselnden Fächer „zwangsweise“ zugeteilt, so können diese ihre bereichernde und
 586 persönlichkeitsbildende Wirkung nicht entfalten.

587 Hier ist eine Neuregelung von Nöten, die musischen Fächer sollen ab der 7. Klasse als
 588 durchgehende zueinander alternative Wahlpflichtfächer unterrichtet werden. Ein Wechsel
 589 sollte jedoch zum Beispiel zu Beginn der 8. Klasse noch einmal möglich sein.

590

591 Der **Religionsunterricht** spielt nicht nur für die Kirchen eine große Rolle, sondern gerade vor
 592 dem Hintergrund zunehmender Distanzierung von Kirchen wird die Bedeutung bei der
 593 Vermittlung von Werten und Kultur deutlich. Denn der Religionsunterricht lehrt mit dem
 594 Leitbild des christlichen Glaubensverständnisses ethnische Grundlagen.

595 Die Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religionsunterricht muss beibehalten werden, die
 596 Abschaffung des Religionsunterrichts wäre zweifelsfrei ein Schritt in die falsche Richtung.

597

598 Die **neuen Medien** spielen im Alltag hingegen eine immer wichtigere Rolle, deshalb müssen
 599 sie auch in der Schule besser integriert werden. In einigen Schulen wird Schule 2.0 bereits
 600 praktiziert, während es an anderen noch einen deutlichen Nachholbedarf gibt. Die Schule
 601 darf den Entwicklungen unserer Gesellschaft nicht hinterherhinken und muss auf die
 602 Lebensrealitäten vorbereiten.

603 Die Einführung eines Faches zur „Medienkompetenz“ ist hierbei von großer Bedeutung. Es
 604 ist von enormer Bedeutung dass die Schüler zum einen über den großen Nutzen, zum
 605 anderen aber auch über die Risiken des Internets aufgeklärt und sensibilisiert werden.
 606 Beispiel hierfür könnte das Modell Thüringens sein. Das Fach „Medienkompetenz“ sollte
 607 dann ab der 8. oder 9. Klasse (je nach Schulform) für zwei Jahre durch Informatik abgelöst
 608 werden. Informatik entwickelt sich in unserer Gesellschaft immer mehr zu einer
 609 Grundlegenden Wissenschaft und Fähigkeit, die oftmals vorausgesetzt wird. Hierbei darf
 610 unsere Wissensgesellschaft nicht hinterherhinken und unsere Absolventen müssen über
 611 diese immer wichtiger werdenden Fähigkeiten verfügen.

612

613 f) Sportunterricht neu definieren

614

615 Der heutige Sportunterricht an weiterführenden Schulen ist nicht zielführend und kann
 616 seiner zentralen Aufgabe, der Leibesertüchtigung und Gesundheitsförderung bei den
 617 Schülern, nur schwerlich nachkommen. Bei dem Aufbau und der Organisation des
 618 Sportunterrichts sollte man sich an US-amerikanischen und britischen Vorbildern
 619 orientieren.

620

621 Hierbei sollte man das Prinzip des sportartspezifischen Unterrichts respektive Trainings im
 622 Mannschaftsverband, dem Prinzip des universellen Sporttreibens im Klassenverband
 623 entgegensetzen.

624 Die Zuteilung zu den Mannschaften sollte zur siebten Jahrgangsstufe hin durch Ein- und
 625 Auswahlverfahren erfolgen. Dadurch wäre gewährleistet, dass in den Klassen 1-6
 626 verschiedenste Sportarten kennengelernt und erlernt werden, so dass eine Spezialisierung
 627 nach individuellem Interesse auch ermöglicht wird.

628 Der sportartspezifische Unterricht hätte zum Vorteil, dass sich die Sportbegeisterung steigt,
 629 da die Schüler sich für eine Sportart entscheiden können die ihren Fähigkeiten und Interesse
 630 entspricht. Zudem ist eine zusammenhängendes und einheitliches Training nachhaltiger für



631 Ausdauer, Kraft und Gesundheit. Nebenbei könnten durch die Schaffung
632 jahrgangsübergreifender Mannschaften Erfolge in der Herausbildung sozialer Kompetenzen
633 und die Entwicklung eines gesunden Ehrgeizes gefördert werden.

634
635 g) Werte leben und vermitteln

636

637 Obwohl das Elternhaus nie durch den Staat oder die Schule ersetzt werden kann und darf,
638 müssen auch erzieherische Aufgaben von den Schulen übernommen werden, insbesondere
639 weil Schülerinnen und Schüler immer mehr Zeit dort verbringen. In den letzten Jahren
640 konnten wir einen Werteverfall beobachten, der dem Wandel der Zeit geschuldet ist.

641

642 Jedoch ist die Notwendigkeit bestimmter Tugenden und Werte gerade heute besonders
643 aktuell. Die Bindung an wertevermittelnde gesellschaftliche Institutionen wie die Kirche lässt
644 nach und Schüler verbringen immer mehr Zeit in den Schulen. Daraus leitet sich eine
645 Verantwortung der Schulen für die Herausforderungen unserer Wertegesellschaft ab.
646 Zu allem wissenschaftlichen Hintergrund, eine Wertegesellschaft wollen und müssen
647 wir auch in Zukunft sein. Wir sehen die von allen geteilte Anerkennung unserer freiheitlich-
648 demokratischen Grundordnung durch alle in Deutschland lebenden Menschen nicht als
649 Wunsch, sondern als gesellschaftlich notwendige Verpflichtung.

650

651 Werte wie Nächstenliebe, Toleranz und Hilfsbereitschaft entspringen unserer christlich-
652 abendländischen Tradition, daneben sind Tugenden wie Pünktlichkeit, Sorgfalt und Fleiß
653 Auszeichnungen, die unsere Gesellschaft gestalten. Gerade diese bringen dem Einzelnen
654 einen ähnlich großen Mehrwert, wie der gesamten Gesellschaft. Diese Werte werden von
655 fast allen Beteiligten als nötig erachtet, und nicht selten als selbstverständlich befunden,
656 nicht zuletzt bei der Berufswahl.

657

658 Diese Werte und Tugenden haben zum Ziel, Schüler zu mündigen und verantwortungsvollen
659 Bürgern zu erziehen, die dank klarer Moralvorstellungen, in Friedlichkeit und mit Offenheit
660 miteinander leben. Vermitteln kann man Werte nicht vom Lehrerpult aus. Werte müssen
661 gelebt und verstanden werden. Zum einen müssen die Lehrer ihrer Vorbildfunktion gerecht
662 werden und gerade Tugenden wie Pünktlichkeit, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorleben.
663 Zum anderen müssen Werte und Tugenden in Gruppenarbeiten, Diskussionen und
664 Gesprächen den Schülern näher gebracht werden, damit die Allgegenwertigkeit und
665 Wichtigkeit dieser Werte erfasst werden.

666

667 h) Herausforderungen sinnvoll meistern

668

669 Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen, gerade bezüglich des Schulalltags.
670 Eine davon ist die **Integration**. Eine stetig steigende Zahl an Migranten hat zur Folge, dass es
671 in Hessen auch immer mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund gibt.
672 Dieses Phänomen ist nicht neu, bedarf aber augenscheinlich weiterer Maßnahmen zur
673 Optimierung des bestehenden Systems. Wichtig ist dabei, dass Integration keine
674 Einbahnstraße ist.

675

676 Daher muss Integration nicht nur vom Staat gefördert werden, sondern jeder Einzelne ist
677 gefordert, seinen Standort und seinen Beitrag klar zu bestimmen.

678



679 Zuallererst müssen wir alle eine gemeinsame Sprache sprechen, sowohl in den Werten als
 680 auch in den Worten. Der Schlüssel zu gelungener Integration liegt vor allem im
 681 einwandfreien Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Oftmals haben
 682 schon Grundschul Kinder mit Migrationshintergrund damit große Probleme. Diese
 683 Sprachbarriere vereitelt ihre Integration und führt früh dazu, dass sie den Anschluss an ihre
 684 muttersprachlichen Klassenkameraden verlieren.

685

686 Aus diesem Grund fordern wir weiter die Abschaffung des sogenannten muttersprachlichen
 687 Unterrichts (MU). Wenn ein gewisser Schülerkreis innerhalb seiner Schule durch MU-Kurse
 688 dazu ermuntert wird, dauerhaft nicht deutsch zu sprechen, fördert das lediglich die Bildung
 689 von Parallelgesellschaften und verhindert Integration. Der MU-Unterricht ist
 690 dementsprechend kontraproduktiv für die Integration.

691

692 Neben der Sprache stellt kulturell oft auch die jeweilige Religion eine Herausforderung für
 693 die Integration von Migranten dar. Deutschland ist ein christlich-jüdisch geprägtes Land und
 694 wer sich aussucht hier zu leben, muss dies anerkennen. In diesem Sinne müssen auch
 695 bestimmte Einzelentscheidungen wie das Kopftuchverbot für Lehrerinnen verstanden
 696 werden. Sie stellen keinen Angriff auf die Würde des Einzelnen oder der Religionsfreiheit
 697 dar, sondern sind Ausdruck unseres abendländischen Kulturverständnisses. Darüber hinaus
 698 muss die Prüfung eines allgemeinen Verschleierungsverbots an hessischen Schulen erwogen
 699 werden. Die Vollverschleierung stellt für Frauen eine zutiefst entwürdigende Maßnahme dar,
 700 zumal sie oftmals erzwungen wird, und widerspricht fundamental unserer aufgeklärten
 701 Leitkultur.

702 Der islamische Religionsunterricht ist weiter äußerst skeptisch zu betrachten, auch weil es
 703 nach wie vor kein einheitliches Islamverständnis gibt, das in Schulbüchern abgebildet
 704 werden könnte. Diese Situation wird noch verschärft, da es keinen zentralen
 705 Ansprechpartner auf Seiten der Islamverbände gibt, um Inhalte und Lehrerausbildung
 706 qualitativ zu verantworten. Bis zu einer akzeptablen Lösung ist der islamische
 707 Religionsunterricht dementsprechend vorerst auszusetzen.

708

709 Soll Integration gelingen, dann muss auch der Begriff der Eigenverantwortung bei
 710 Integrationsthemen mit im Mittelpunkt stehen. Erfolgreiche kulturelle und sprachliche
 711 Integration sind ohne Eigenverantwortung aller Beteiligten undenkbar. Integration muss von
 712 allen Seiten gewollt und sinnvoll, sowie zielgerichtet umgesetzt werden. Das ist unsere
 713 Aufgabe, daran müssen Schule, Migranten und Gesellschaft arbeiten.

714

715 Eine weitere große Herausforderung ist die **Inklusion**. Hierbei hat eine offene, respektvolle
 716 und tolerante Haltung, gemäß unserer christlichen Werte, gegenüber Menschen mit
 717 Behinderungen und eine Gleichbehandlung aller Menschen selbstverständlich zu sein.
 718 Darüber hinaus darf die Frage nach Inklusion und dem wie, keine politisch oder ideologische
 719 Debatte zu Lasten des Wohles des individuellen Schülers und der Klasse sein. Gerade dieses
 720 sensible Thema, bedarf gründlicher Überlegungen und durchdachter Pläne.

721

722 Ein ideologisches, konsequentes Schlechtmachen der Förderschulen lehnen wir daher strikt
 723 ab. Unser Förderschulsystem ist nicht nur gewachsen, sondern auch überaus zielführend für
 724 alle Beteiligten. Nichtsdestotrotz kann und muss Integration an Regelschulen, soweit sie
 725 verantwortbar, zielführend und gesellschaftlich, wie monetär realistisch ist umgesetzt
 726 werden.

727



728 Dabei muss das Wohl der behinderten, wie der nichtbehinderten Kinder immer im
729 Mittelpunkt stehen und individuell die bestmögliche Lösung für alle Beteiligten gefunden
730 werden. Um echte Wahlfreiheit zu bieten müssen Förder- und Schwerpunktschulen auch in
731 Zukunft unabdingbarer Bestandteil unseres Bildungssystems sein.

732

733 Eine andere Herausforderung unserer Gesellschaft ist die Bekämpfung von **Extremismus** und
734 der Schutz unserer Demokratie. Dies spielt vor allem im Schulalltag eine Rolle, sofern
735 Jugendliche anfälliger für „einfache Lösungen“ und „schwarz-weiß Denken“ sind. Neben der
736 klaren und erfolgreichen Bekämpfung von Rechtsextremismus, gilt es alle Formen des
737 Extremismus zu bekämpfen. Denn jeglicher Form von Extremismus, auch vor allem linker
738 oder islamistischer, muss mit gesellschaftlicher Ächtung gegenübergetreten werden. Die
739 Würde des Menschen und die freiheitliche Grundordnung sind die elementaren Leitsätze
740 unseres Zusammenlebens in einer Demokratie.

741

742 Um gerade an Schulen umfassende Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu leisten möchten
743 wir folgende Punkte umsetzen:

744 Alle Schüler an hessischen Schulen müssen sich wenigstens einmal mit dem Grundgesetz und
745 seiner Entstehungsgeschichte ausführlich befasst haben. Ein verpflichtender Besuch für alle
746 Schüler in einem Konzentrationslager und einer Gedenkstätte der SED-Diktatur, mit
747 angemessener Vor- und Nachbereitung im Unterricht. Darüber hinaus sollen neben den
748 bereits verbotenen rechtsextremistischen Symbolen auch alle anderen extremistischen
749 Symbole wie z.B. Symbole islamistischer Terrororganisationen, linksextremistische Zeichen
750 wie Hammer und Sichel – das Staatswappen der DDR – und das Konterfei des
751 kommunistischen Mörders Ché Guevera in Schulen verboten werden. Der Themenkomplex
752 „Unrechtsstaat DDR“ soll verpflichtend eingeführt werden und dabei soll vor allem auf das
753 Scheitern der sozialistischen Ideologie und die Aufarbeitung des Stasi-Terrors eingegangen
754 werden. Zudem soll ein hessisches Aussteigerprogramm für Islamismus, ähnlich dem bisher
755 sehr erfolgreichen Aussteigerprogramm für Rechtsextremismus, in Zusammenarbeit mit hier
756 bereits aktive Organisationen – wie dem Violence Prevention Network – eingerichtet
757 werden.

758

759 i) Begabte fördern – Elite fordern

760

761 Neben Herausforderungen durch Schülerinnen und Schülern mit Hemmnissen, ist die
762 Begabtenförderung ein weiterer Aspekt eines differenzierten Schulsystems. Die Förderung
763 von begabten und hochbegabten Schülern darf, bei allen Debatten um lernschwächere
764 Schüler nicht vernachlässigt werden. Denn begabte Schülerinnen und Schüler bedürfen einer
765 ebenso umfangreichen und individuellen Förderung.

766

767 Gerade vor dem Hintergrund, dass wir unsere Ressourcen nutzen wollen und müssen, wäre
768 es fatal begabte und hochbegabte Schülerinnen und Schüler während ihres Schulwegs zu
769 verlieren. Dieses Risiko besteht gerade, wenn keine oder nicht ausreichende Förderung
770 vorhanden ist, da Langeweile und Unterforderung auf Dauer immense Folgen nach sich
771 ziehen. Um dies zu vermeiden ist gute Förderung unerlässlich.

772 Weiter ist es von großer Bedeutung Eliten zu schaffen. Dabei ist dieser Begriff nicht auf
773 akademische Eliten zu beschränken, sondern auf alle Arten der Begabungen auszuweiten.
774 Eine handwerkliche Elite muss genauso dazu zählen wie eine mathematische.

775



776 Demnach muss der Grundsatz „fördern und fordern“ weiter im Fokus des Lehrens stehen.
 777 Dabei werden alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer individuellen Begabungen
 778 und Schwächen gefordert und gefördert, Begabtenförderung stellt hierbei keine Ausnahme
 779 dar.

780

781 Zur Begabtenförderung ist explizit zu sagen, dass die Maßnahmen der inneren und äußeren
 782 Differenzierung weiter gefördert werden müssen, so dass zum Beispiel Pull-out-Projekte
 783 oder das Überspringen einer Jahrgangsstufe zukunftsfähig bleiben. Darüber hinaus wäre ein
 784 Katalog an Maßnahmen, der diese zusammenfasst wünschenswert, sodass neben Lehrern
 785 auch Schüler und Eltern Zugriff auf die ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen haben.
 786 Ferner muss in Zukunft noch besser ermöglicht werden eigene, individuelle Lösungen zur
 787 Differenzierung und Begabtenförderung für den jeweiligen Schüler zu finden.

788

789 j) Bewertung vereinheitlichen

790

791 Die Bewertung in der Schule basiert bis zur Sekundarstufe 1 auf der Notenskala von eins
 792 (sehr gut) bis 6 (unbefriedigend), danach wird sie durch ein Notenpunktesystem von 0 bis 15
 793 ersetzt. Unserer Auffassung nach, ist das Notensystem von 1 bis 6 nicht differenziert genug.

794

795 Dabei spiegelt das Zeugnis letztendlich keine genau Bewertung wieder, da der Unterschied
 796 einer drei plus zum Beispiel gegenüber einer drei minus nicht deutlich wird. Dies ist
 797 gravierend, denn eine drei plus ist quasi ein „fast gut“, wohingegen die drei minus eher ein
 798 „gerade noch befriedigendes Ausreichend“ ist. Dieses Bewertungssystem spiegelt die
 799 individuelle Leistung nur unzureichend wieder und lässt keine klare Differenzierung zu,
 800 darüber hinaus verhindert sie, dass sich Leistungsabfälle frühzeitig niederschlagen.

801

802 Deshalb ist das Notenpunktesystem 0 bis 15 um einiges geeigneter für die Bewertung und
 803 bereits in der Sekundarstufe 1 einzuführen, da die Diagnostik und Methodik deutlich
 804 erleichtert würde. Eine Prüfung der Eignung für die Grundschule ist durchzuführen. Das
 805 Notenpunktesystem ermöglicht darüber hinaus, dass weitere Leistungsanreize gesetzt
 806 werden, da sich Leistungssteigerungen deutlich früher bemerkbar machen.

807

808 k) Lernen up-to-date

809

810 Die Schulen müssen sich heute an der Lebensrealität der Schüler messen lassen, dabei darf
 811 Schule nicht zu einer verstaubten Institution werden. Dazu gehört zum einen die
 812 Ausstattung. Es kann nicht sein, dass es weiterhin Schulen ohne Smartboards und
 813 Computerräume gibt. Dazu gehört selbstverständlich auch die Grundschule.

814

815 Der Umgang mit digitaler Technik und Unterrichtsmaterialien jenseits der üblichen Tafel
 816 gehört heute zum Rüstzeug eines jeden Schülers. Dementsprechend sollte man auch früh
 817 mit dem Heranführen an jene Technik beginnen, bspw. im Rahmen des Methodentrainings.
 818 Darüber hinaus ist diese Ausstattung, sofern vorhanden, meist veraltet. Hier muss sinnvoll
 819 und langfristig angesetzt werden, denn eine moderne Ausstattung fördert die Methoden-
 820 und Medienkompetenz der Schüler erheblich.

821 Gerade die Schulen sollten zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit moderner
 822 Technik beitragen. Dabei helfen keine Verbote. Handyverbote und ähnliches sind nicht nur
 823 nicht zeitgemäß, sondern auch nicht zielführend. Denn die private Nutzung während des
 824 Unterrichts zu verbieten, ist eine Selbstverständlichkeit. Jedoch bringen Smartphones neben



825 der privaten Nutzung mit anderen Funktion, wie zum Beispiel einem Online-Wörterbuch
826 einen immensen Mehrwert für Schüler und Schule. Zum einen erübrigt sich damit die
827 Anschaffung schwerer Wörterbücher, welche leicht veralten und zum anderen ist der
828 Zeitaufwand zum Nachschlagen eines Wortes deutlich geringer.

829
830 Darüber hinaus lässt sich der Unterricht durch moderne Ausstattung nicht nur methodisch
831 erweitern. Beispielsweise können Tafelanschriften an Smartboards den Schülern ohne
832 großen Aufwand auf einer geschützten Plattform im Internet zur Verfügung gestellt werden.
833 So kann im Krankheitsfall leicht aufgeholt werden, ohne von hilfsbereiten Mitschülern
834 abhängig zu sein und auch die Ausrede „Ich habe vergessen die Hausaufgaben
835 aufzuschreiben.“ würde sich damit erübrigen.

836
837 Daneben ist die flächendeckende Einführung sogenannter Laptop- bzw. Tablet-Klassen
838 umzusetzen, um langfristig eine Digitalisierung der Schule anzudenken. Dafür können diese
839 Klassen eine Vorreiterrolle übernehmen und tragen dazu bei, dass die Schule den
840 gesellschaftlichen Entwicklungen nicht weiter hinterherhinkt.

841
842 Denn eine Digitalisierung der Schule muss sinnvoll und mit Augenmaß umgesetzt werden,
843 damit unsere Bildung nicht nur inhaltlich auf dem neuesten Stand bleibt.

844

845 1) LSV-Reform

846

847 Wenn man an hessischen Schulen fragt, wer Landesschulsprecher sei oder welche Aktionen
848 die LSV gerade durchführt, bekommt man erschreckende Unwissenheit zurück. Diese
849 Unwissenheit ist nicht nur auf eine steigende Politikverdrossenheit der Schülerschaft
850 zurückzuführen, sondern vor allem auf das intransparente, undemokratische Prinzip einer
851 Landeschülervertretung, die für sich in Anspruch nimmt alle hessischen Schüler zu
852 vertreten. Durch das verschachtelte Rätssystem ist der Einfluss eines einzelnen Schülers auf
853 die LSV quasi nicht spürbar. Darüber hinaus spiegelt sich die inhaltliche politische
854 Ausrichtung einer deutlichen Mehrheit der Schülerschaft in den Positionen der LSV
855 überhaupt nicht wieder. Dieser Zustand ist schlicht nicht haltbar, schließlich sollen die
856 Interessen der Schülerschaft vertreten werden und bereits zu Schulzeiten an Demokratie
857 herangeführt und kein Nährboden für Politikverdrossenheit und antiquierte
858 Demokratievorstellungen geboten werden.

859

860 Diese Probleme bestehen auf lokaler Ebene seltener, da innerhalb der einzelnen Schulen
861 Direktwahlen deutlich populärer sind. Durch eine Reform der Kreis- und
862 Landeschülervertretung kann und muss mit diesem System aufgeräumt werden. Hierfür
863 bietet sich eine Listenwahl an einem zentralen Termin für alle Schüler in ganz Hessen an.
864 Jedem Schüler wird dadurch die aktive Teilnahme an den Wahlen der Schülervertretung
865 auch über die lokale Ebene hinaus ermöglicht. Neben der Listenwahl von
866 Vorstandsmitgliedern ist eine direkte Wahl des Kreis- bzw. Landesschulsprechers sinnig, weil
867 durch das Votum der gesamten Schülerschaft nicht nur der Bekanntheitsgrad des höchsten
868 Schülerrepräsentanten steigt, sondern auch nach basisdemokratischem Prinzip die
869 Repräsentativität zunimmt und eine größere Vertrauensgrundlage vorhanden ist. Hierbei
870 bestehen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten bei der Umsetzung. Das Internet als
871 Informationsplattform sowie die einzurichtende Möglichkeit einer Briefwahl sind moderne



872 Wege möglichst alle Wahlberechtigten dazu zu motivieren, sich ausreichend zu informieren
873 und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

874 Ebenfalls würde diese aktive Einbindung aller Schüler zur Demokratieerziehung, die weder
875 die Schule als solche noch einzelne Fächer leisten können, beitragen und der
876 Politikverdrossenheit auch im späteren Leben vorbeugen.

877

878 Zugleich muss eine Rechenschaftspflicht gewährleistet sein, damit nicht nur die Schüler
879 sondern auch der Steuerzahler über die Vorgänge in den SVs informiert ist und ein Ausufern
880 der Verhältnisse hin zu schlichter Geldverschwendung verhindert wird.

881

882 Darüber hinaus ist die Gründung und Arbeit unabhängiger Schülervereinigungen zu stärken
883 und zu erleichtern, in dem die Bedingungen vereinheitlicht vom Kultusministerium festgelegt
884 und umgesetzt werden. Ferner sollten die Bestimmungen zu Werbung und Veranstaltungen
885 von politisch unabhängigen Vereinigungen an Schulen gelockert werden, so dass die
886 Mitarbeit überhaupt ermöglicht wird.

887 Die erfolgreiche Arbeit vieler dieser selbstständigen Vereinigungen hat darüber hinaus
888 gezeigt, dass Kreisverbindungslehrer und Landesbeiräte überflüssig, wenn nicht gar
889 hinderlich sind. Denn die Schüler können erfolgreich eigenverantwortlich handeln und ihr
890 Engagement trägt dadurch sehr positiv zu ihre Persönlichkeitsbildung und
891 Kompetenzerweiterung bei. Damit könnten die Kreisverbindungslehrer und Landesbeiräte
892 ihrer Unterrichtsverpflichtung auch wieder im vollen Umfang nachkommen.

893 Die flächendeckende Einführung sogenannter Vertrauenslehrer ist hingegen ein wichtiger
894 Schritt, da dieses Bindeglied zwischen Schülerschaft, Lehrerkollegium und Schulleitung sich
895 als wünschenswert und hilfreich für alle Beteiligten erwiesen hat.

896

897 m) Schule führt zum Schulabschluss

898

899 Die schulische Laufbahn beendeten vor 10 Jahren deutlich mehr Schüler ohne einen
900 Abschluss als heute. Dies ist ein großer Erfolg und zeigt, dass die hessischen Ansätze richtig
901 und zielführend sind.

902

903 Forderungen nach dem Abschaffen des Sitzenbleibens setzten hierbei genauso falsch an, wie
904 eine Reduktion der Leistungsstandards. Denn die sogenannte „Ehrenrunde“ ermöglicht es
905 Schülern, die aufgrund von lernschwachen Phasen, schweren Schicksalsschlägen oder
906 anderem den Stoff einer Jahrgangsstufe nicht ausreichend beherrschen, diesen
907 nachzuholen. Denn unser Schulsystem basiert auf aufeinander aufbauendem Stoff, sodass
908 eine Versetzung bei unzureichendem Kenntnisstand des Schülers grob fahrlässig und
909 unverantwortlich wäre. Aus diesem Grund sind auch die Nachprüfungen zu überdenken.
910 Ferner ist die Herabsetzung der Leistungsstandards keine Lösung, da eine weitere
911 Verwässerung unseres Bildungssystems langfristig immense Probleme mit sich bringen
912 würde.

913

914 Die aktuellen Ansätze haben sich als überaus erfolgreich erwiesen und müssen weiter
915 verfolgt werden. Dabei ist das Projekt der SchuB-Klassen (Schule und Betrieb) exemplarisch
916 zu nennen, das über 90% der beteiligten Schüler zum Abschluss bringt.

917 Darüber hinaus ist der Sozialindex, welcher Lehrkräfte nach sozialdemographischen
918 Parametern zuweist, ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Die Einführung eines
919 flächendeckenden Netzwerkes von Schulsozialarbeitern, insbesondere an sogenannten
920 „Brennpunktschulen“ ist wünschenswert, um eine erstklassige Betreuung zu gewährleisten.



921
922 Denn die Schullaufbahn eines jeden Schülers soll zu einem für ihn passenden Schulabschluss
923 führen, um das richtige Fundament des weiteren Lebensweges zu legen.

924
925 n) Oberstufe liberalisieren – Eigenverantwortung stärken

926
927 In der Bildungsrepublik Deutschland lässt sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein
928 erheblicher Anstieg der Einschreibungen an Universitäten verzeichnen. Diese Zahlen dürfen
929 jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Qualität der Erstsemester in vielen Bereichen
930 zu wünschen übrig lässt und viele Studenten dem wissenschaftlichen Anspruch und Arbeiten
931 nicht gerecht werden, zuweilen von Pensum, Methodik und eigenständigem Lernen
932 überfordert sind.

933
934 Dies führen wir auf eine unzureichende Vorbereitung auf die Eigenverantwortlichkeit im
935 Studium während der gymnasialen Oberstufe zurück.

936
937 Aus diesem Grund fordern wir die Liberalisierung der Oberstufe, angefangen mit der
938 Anwesenheitspflicht. Im Studium ist es jedem Studenten freigestellt an den Seminaren,
939 Vorlesungen und anderen Angeboten der Universitäten teilzunehmen. Die dafür nötige
940 Selbstdisziplin, Eigenevaluation und Zeitmanagement werden im Studium von Anfang an
941 vorausgesetzt und müssen somit während der Schulzeit erlernt werden. Ferner sind diese
942 Fähigkeiten auch in der Arbeitswelt von erheblicher Bedeutung. Um dies zu ermöglichen
943 schlagen wir die Aufhebung der Entschuldigungsregel für den Regelunterricht auch für
944 minderjährige Schüler der gymnasialen Oberstufe vor. Darüber hinaus entfällt mit Erlangung
945 des Hauptschulabschlusses nach regulärer Vollendung der neunten Klasse die Schulpflicht
946 und spätestens mit Eintritt in die E-Phase sei es jedem Schüler überlassen, inwieweit er das
947 Aufsuchen des Unterrichtes als zielführend für seinen angestrebten Abschluss ansieht.

948
949 Da uns als Schülern das Missbrauchsrisiko einer solchen Regelung durchaus bewusst ist,
950 sprechen wir uns dafür aus bei einschneidendem Leistungsabfall, welcher eindeutig auf zu
951 häufiges Fernbleiben des Unterrichtes zurückzuführen ist andere Regelungen zu treffen,
952 sowie eine Übergangszeit während der Einführungsphase einzuführen.

953
954 Diese Liberalisierung der Anwesenheitspflicht bedingt auch eine Veränderung der
955 Notengebung. Die momentane Aufteilung in 50% schriftliche Leistung (zwei Klausuren) und
956 50% mündliche Leistung entspricht nur geringfügig einer guten Vorbereitung auf das
957 Studium. Dazu trägt auch die schwere und subjektive Bewertung des mündlichen
958 Engagements der Schüler bei. Eine Drittelung der Note wäre deshalb wünschenswert. Diese
959 soll zum einen aus der schriftlichen Leistung, zum anderen aus der mündlichen Leistung oder
960 einer Präsentationsprüfung bestehen. Das letzte Drittel bildet sich aus verschiedenen
961 Hausarbeiten, welche zum einen die Hausaufgaben ersetzen und zum anderen auf das
962 wissenschaftliche Arbeiten an der Universität vorbereiten. Durch diese Regelung wäre eine
963 angemessenere Bewertung mit klarerer Ausrichtung auf wissenschaftliches Arbeiten
964 gegeben.

965
966 Darüber hinaus sollen die Leistungskurswahlen liberalisiert werden, so dass jegliche
967 Fächerkombination ermöglicht würde. Der Vorwurf der dadurch leidenden
968 Allgemeinbildung, wird durch die Beleg-, Einbring- und Prüfungspflicht entkräftet.



969
970
971
972
973
974
975
976
977
978
979
980
981
982
983
984
985
986
987
988
989
990
991
992
993
994
995
996
997
998
999
1000
1001
1002
1003
1004
1005

Diese Prinzipien tragen zu einer besseren Vorbereitung der Abiturienten auf die Universität vor, und fördern ein eigenverantwortlicheres, effizienteres und erfolgreiches wissenschaftliches Arbeiten.

o) Realität in die Schulen holen

Die Berufsorientierung ist der erste Schritt der Schüler in Richtung Arbeitsleben, während der Schulzeit. Hierbei ist eine verpflichtende Intensivierung der Maßnahmen und Angebot an weiterführenden Schulen unerlässlich.

Nicht nur in Haupt- und Realschulen müssen verpflichtende Praktika durchgeführt werden. Auch an Gymnasien muss dies erweitert werden, deshalb ist die Institutionalisierung zweier mindestens zweiwöchiger Praktika auch am Gymnasium unerlässlich. Eines davon sollte zum Ende der Mittelstufe und eines während der Qualifikationsphase durchgeführt werden.

Neben Praktika sind Informationsveranstaltungen, Messen und Bewerbungstrainings notwendig. Diese müssen flächendeckend verpflichtend eingeführt, sowie in Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft vor Ort durchgeführt werden.

Ferner müssen diese Kooperationen vertieft werden und Schulen mit Kooperationen besser gefördert werden. Eine enge Verzahnung von Schule und Wirtschafts- bzw. Wissenschaftsrealität ist nicht nur wünschenswert, sondern für eine umfassende Berufsorientierung und –vorbereitung unerlässlich. Bewerbungstrainings beispielsweise sollten nicht von Lehrkräften, die ihr letztes Bewerbungsgespräch oftmals während des Referendariats hatten, angeboten werden, sondern von Spezialisten z.B. aus der Personalabteilung eines lokalen Unternehmens. Die Kooperation mit örtlichen Universitäten gerade bei der Studienberatung ist wünschenswert.

Der zeitliche Mehraufwand dieser Angebote kann zum Beispiel im Rahmen von Ganztagschulen am Nachmittag erfolgen. Hier müssen auch im Hinblick auf die Berufsvorbereitung die Möglichkeiten zur Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften durch lokale Unternehmen oder Universitäten verstärkt werden.

Die qualifizierte Berufs-, Bewerbungs- und Studienberatung muss Teil der Schullaufbahn sein, schließlich dient die Schule der Bildung für ein späteres Arbeitsleben.



1006 4. Attraktive Grundlagen legen – fruchtbare Impulse setzen

1007

1008 Neben der Bildungspolitik im Schulbetrieb, spielen viele andere Faktoren eine Rolle, wenn es
1009 um die Lebensrealitäten von Schülern geht. Solch offensichtliche Themen wie Lehrer und
1010 Familie, aber auch indirekte wie etwa Ehrenamt und Infrastruktur. Auch auf diese Themen
1011 möchten wir als Schüler Union eingehen, schließlich machen wir Politik, und nicht nur
1012 Schulpolitik, von Schülern für Schüler: Das umfasst auch Themenkomplexe über die
1013 Schulpolitik hinaus.

1014

1015 a) Werte wiederbeleben

1016

1017 Trotz oder gerade wegen unserer schwer vorbelasteten deutschen Geschichte muss positiv
1018 gelebter Patriotismus ein fest verankerter Wert in unserer Gesellschaft sein. Denn nur offen,
1019 respektvoll und informiert können Schüler ein Wertefundament für ihren Weg legen. Hierfür
1020 ist es nicht nur im Sinne positiv gelebtem Patriotismus, sondern auch vor dem Hintergrund
1021 von Solidarität, Gemeinschaftsgefühl und Identifikation wichtig das alle hessischen Schulen
1022 in Zukunft wieder ganzjährig beflaggt werden.

1023

1024 Hierbei sollen neben der **Deutschland**-, auch die Hessen- und Europaflagge ständig an
1025 Fahnenmasten wehen. Des Weiteren ist es wünschenswert ein Bild unseres
1026 Staatsoberhauptes – dem Bundespräsidenten – an exponierter Stelle im Schulgebäude
1027 anzubringen. Zudem muss der Musikunterricht die deutsche Nationalhymne, sowie das
1028 Hessenlied als verpflichtenden Unterrichtsinhalt behandeln. Die Europaflagge steht dabei
1029 auch für ein europäisches Verständnis, welches tiefer in den Schulen verwurzelt werden
1030 muss. Hierfür soll die europäische Idee neben dem Unterricht auch in Projekttagen bzw.
1031 -wochen aufgegriffen werden und Partnerschulprogramme mit Schulen in verschiedenen
1032 europäischen Ländern dazu beitragen, dass die europäische Idee bereits in jungen Jahren
1033 gelebt werden kann.

1034

1035 Ferner bietet der **Religions- bzw. Ethikunterricht** die Möglichkeit Werte aktiv zu vermitteln.
1036 Die Forderungen den Religionsunterricht als veraltet abzuschaffen, ist gerade vor dem
1037 Hintergrund unverständlich, dass dieser Unterricht genau für die Wertevermittlung – die
1038 oftmals zu kurz kommt – eine entscheidende Rolle spielt.

1039

1040 Werte sind die ideelle Grundlage auf welcher **ehrenamtliches Engagement** basiert. Dieses
1041 Engagement bringt gerade für Schüler einen immensen Mehrwert und ist eine zentrale
1042 Stütze unserer Gesellschaft. Dieses Engagement muss jedoch stärker gewürdigt werden.
1043 Ideologisch ist dies durch die Aufnahme des Ehrenamts als Staatsziel in die Hessische
1044 Verfassung wünschenswert und materielle Anreize können und müssen über eine
1045 Ausweitung des Juleica-Programms (Jugendleitercard) geschaffen werden. Das Ehrenamt
1046 und gesellschaftliches Engagement muss für Jugendliche auch in Zukunft attraktiv sein, denn
1047 ohne ehrenamtlichen Nachwuchs würde die Lebensqualität deutlich sinken. Die
1048 Zukunftsfähigkeit des Ehrenamts basiert hierbei zu gleichen Teilen auf materiellen Anreizen
1049 und gesellschaftlichen Werten.

1050

1051 Die **Bundeswehr** sollte zudem beispielsweise mit Projekten, wie den Jugendoffizieren in den
1052 Schulalltag miteinbezogen werden. Gerade bei sicherheitspolitischen Themen können
1053 dadurch umfassende, objektive und kritische Einblicke ermöglicht werden.



1054 Ferner stellt diese Miteinbeziehung eine gute Möglichkeit dar, die Berührungsängste und
 1055 unverständliche Ablehnung gegenüber unseren Streitkräften abzubauen und den Dienst der
 1056 selbigen für uns schätzen zu lernen.

1057 Als einer der größten Arbeitgeber in unserem Land muss es der Bundeswehr auch in Zukunft
 1058 möglich sein für die Vielzahl an zivilen und militärischen Karrieren an Schulen zu werben und
 1059 zu informieren.

1060

1061 b) Jugendschutz und Jugend schützen

1062

1063 Der Jugendschutz gehört zweifelsfrei auch zur Lebensrealität von Schülern. Dabei geht es uns
 1064 als Schüler Union primär darum, dass der Jugendschutz auch wirklich die Jugendlichen
 1065 schützt.

1066

1067 In der **Drogenpolitik** stellen wir uns klar auf die Seite der bestehenden Gesetze und lehnen
 1068 eine Lockerung der Regelungen, insbesondere im Hinblick auf Drogen wie Cannabis, strikt
 1069 ab.

1070 Alleine die Tatsache, dass vor allem von vielen Jugendlichen eine Legalisierung mit der
 1071 Begründung gefordert wird, dass der Konsum keine oder nur zu verharmlosende
 1072 gesundheitliche Konsequenzen hätte, zeigt, dass Cannabis eine stark unterschätzte Droge ist.
 1073 Auch die Tatsache, dass beispielsweise übermäßiger Alkoholkonsum gesundheitliche
 1074 Schäden nach sich zieht, aber trotzdem legal ist, ist kein Grund für eine Legalisierung.

1075

1076 Alkohol gehört seit vielen Jahrhunderten zu unserer Kultur und stellt bei
 1077 verantwortungsvollem Konsum kein übermäßiges Gesundheitsrisiko dar, während dies bei
 1078 Cannabis immer noch umstritten ist.

1079 Auch die Argumentation, dass es längst zur Lebensrealität gehöre, Cannabis zu konsumieren,
 1080 und es deswegen legalisiert werden sollte, lehnt die Schüler Union Hessen als nicht
 1081 zielführend ab. Die Tatsache, dass beim mehrere Tage zuvor angekündigten „Blitz-
 1082 Marathon“ im Jahr 2013 über 80.000 Tempoverstöße in lediglich 24 Stunden gemessen
 1083 wurden, zeigt deutlich auf, dass es auch zur Lebensrealität gehört, zu schnell zu fahren.
 1084 Nichtsdestotrotz wäre die Forderung nach der Abschaffung sämtlicher Tempolimits – da es
 1085 ja offensichtlich zur Lebensrealität gehört, diese zu missachten – absolut nicht zielführend
 1086 und würde eher zur Zunahme von Unfällen führen, wenn selbst das letzte Hemmnis, das
 1087 viele vom schneller Fahren abhält, abgeschafft werden würde.

1088

1089 Auch die bestehenden Gesetze zu Alkoholkonsum von Jugendlichen begrüßen wir. Unserer
 1090 Ansicht nach wären weder eine Lockerung, noch eine Verschärfung zielführend. Eine
 1091 Lockerung würde dazu führen, dass selbst Jugendliche noch leichter an harten Alkohol
 1092 kommen würden, was zweifelsfrei auch einen erhöhten Konsum dessen zur Folge hätte.
 1093 Während eine Verschärfung dazu führen würde, dass Jugendliche sich den Alkohol
 1094 anderweitig besorgen müssten, womit ebenfalls die Gefahr bestünde, entweder mehr
 1095 harten Alkohol anstelle von Getränken wie Bier zu konsumieren, oder sogar auf andere
 1096 Methoden wie selbst hergestellte Getränke, die mit erheblichen gesundheitlichen Risiken
 1097 verbunden sind, zurückzugreifen.

1098

1099 Bezüglich der Ausgehzeiten für Jugendliche vertreten wir die Position, dass diese prinzipiell
 1100 so beibehalten werden sollten, wie sie aktuell sind, die Regelungen an Freitagen und
 1101 Samstagen für Jugendliche ab 16 Jahren allerdings entschärft werden sollten. So dürfen
 1102 Jugendliche ab 16 Jahren aktuell auch an Wochenenden nur bis 24:00 Uhr alleine ausgehen.



1103 Hier wäre es sinnvoll, diese Zeiten an Freitagen und Samstagen auf 02:00 Uhr auszuweiten
1104 und erst danach einen „Mutti-Zettel“ einzufordern. Dies kommt der zunehmenden
1105 Eigenverantwortung von Jugendlichen in diesem Alter nach, ohne gleichzeitig längere
1106 Ausgehzeiten an Schultagen zu gestatten, die sich insgesamt negativ auf die Bildung der
1107 Jugendlichen auswirken könnten.

1108

1109 Darüber hinaus müssen verpflichtende Veranstaltungen in Kooperation mit der Polizei ein
1110 wichtiger Bestandteil der schulischen Präventionsarbeit sein. Denn neben Verboten, gehört
1111 eine sinnvolle Prävention, Aufklärung und Erziehung zum Jugendschutz. Hierbei sind vor
1112 allem Veranstaltungen zu Suchtprävention, physischer und psychischer Gewalt und
1113 Cyberkriminalität wichtig für die Aufklärung über Gefahren.

1114

1115 c) Familie gestalten

1116

1117 Die Familie nimmt eine exponierte Stellung in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
1118 ein. Sie gibt noch mehr als die Schule die Rahmenbedingungen für jedes Kind von Anfang an
1119 vor. Gerade deswegen sehen wir die Familie als kleinste Funktionseinheit des Staates an.

1120

1121 Deshalb muss ihr seitens des Staates eine besondere Rolle zugestanden werden, die ihrer
1122 Funktion als Grundpfeiler unserer Gesellschaft gerecht wird. Dies beinhaltet nicht nur, dass
1123 der Familie steuerliche Vorteile ermöglicht werden, sondern vor allem, dass der Staat die
1124 Rahmenbedingungen schafft, damit Familien in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben
1125 nachzukommen.

1126 Als eines der wichtigsten Funktionen der Familie sehen wir es an, Nachwuchs zu bekommen.

1127 Damit Eltern sich dies sowohl finanziell als auch zeitlich leisten können, zählt die
1128 Kinderbetreuung zu den elementaren Bestandteilen von Familienpolitik. Wir als Schüler
1129 Union Hessen vertreten hierbei die Ansicht, dass es jeder Familie selbst überlassen werden
1130 muss, wo und wie sie ihr Kind betreuen (lassen).

1131

1132 Um dies zu gewährleisten, ist es wichtig, sowohl KiTa-Plätze zu schaffen, als auch das
1133 Betreuungsgeld in angemessener Höhe anzubieten. Unserer Auffassung nach ist Erziehung
1134 eine Leistung, die der Gesellschaft nützt und somit von dieser – verkörpert durch den Staat –
1135 honoriert werden sollte. Eltern, die ihr Kind zu Hause betreuen und damit auf einen Teil des
1136 Haushaltseinkommens verzichten, sollten daher finanziell, in Form des Betreuungsgeldes,
1137 auch weiterhin unterstützt und gewürdigt werden.

1138

1139 Auch wenn Kinder ein elementarer Teil der Familie sind, zählen unserer Auffassung nach
1140 auch Paare, die keine Kinder zeugen können, wie beispielsweise homosexuelle Paare, als
1141 Familie. Sobald zwei Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und dies auch vor
1142 dem Staat bezeugen wollen, sollte dies möglich sein. Deshalb sprechen wir uns für die
1143 staatliche Ehe für homosexuelle Paare aus.

1144

1145 Selbstverständlich sollen mit dieser Ehe dieselben Rechte und Pflichten einhergehen, wie bei
1146 der Ehe von Heterosexuellen. Dass eine kirchliche Hochzeit weiterhin für homosexuelle
1147 Paare nicht möglich ist, akzeptieren wir, da dies im Ermessen der Kirche liegt und der Staat
1148 in der Konsequenz aus der Trennung von Kirche und Staat hier nicht eingreifen sollte.

1149



1150 Nichtsdestotrotz sprechen wir uns auch weiterhin gegen das Adoptionsrecht für
 1151 gleichgeschlechtliche Ehen aus. Bei einer Adoption muss stets das Kindeswohl im Zentrum
 1152 stehen und nicht der Wunsch der Eltern nach einem Kind. Auch wenn niemand bestreiten
 1153 kann, dass gleichgeschlechtliche Paare sich liebevoll und als gute Eltern um ein Kind
 1154 kümmern können, so können sie nicht das fehlende Elternteil in der Erziehung ersetzen. Für
 1155 Kinder ist es besonders wichtig, sowohl eine Mutter als auch einen Vater zu haben und egal
 1156 wie gut sich das Paar um die Kinder kümmert, wird es nie in der Lage sein dies zu bieten.

1157
 1158 d) Voraussetzungen

1159
 1160 Neben Werten und Familie, gibt es ganz materielle Voraussetzung wie die Infrastruktur.
 1161 Hierbei geht es neben den Schulen um andere gesellschaftliche Infrastruktur die nicht vom
 1162 Wohnort abhängen dürfen.
 1163 Dass die Vielzahl an Möglichkeiten die eine Großstadt bieten kann in ländlichen Regionen
 1164 nicht reproduzierbar ist, ist unumstritten, jedoch ist es gerade für Schüler – die im Regelfall
 1165 kein eigenes Einkommen beziehen – sehr wichtig mobil zu sein. Zum einen bezüglich des
 1166 Schulweges und zum anderen um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Deshalb
 1167 fordern wir eine Ausweitung der Fahrtkostenerstattung durch den Staat, nach Vollendung
 1168 der Schulpflicht. Auch in Zeiten von Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung darf gute
 1169 Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weder von Wohnort noch vom
 1170 Einkommen abhängen.

1171
 1172 Darüber hinaus begrüßen wir allgemein gesehen die Änderungen am Kommunalen
 1173 Finanzausgleich hinsichtlich KFA16, hin zu angeglichenen Lebensstandards in ganz Hessen. Der
 1174 Länderfinanzausgleich auf Bundesebene ist hingegen für uns so nicht haltbar, da es nicht
 1175 sein kann das beispielweise Kita-Plätze in Hessen, als Geberland kostenpflichtig sind und in
 1176 anderen Nehmerländern nicht – damit finanziert Hessen Steuergeschenke anderer
 1177 Bundesländer. Die aktuellen Verteilungsprinzipien bis 2020 sind vor dem Hintergrund der
 1178 aktuellen Entwicklungen von drei Geberländern mit 29 Millionen Einwohnern gegenüber
 1179 dreizehn Nehmerländern mit 53 Millionen Einwohnern schlicht nicht haltbar. Hier sind
 1180 Veränderungen nicht nur wünschenswert, sondern unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit
 1181 Hessens.

1182
 1183 e) Lehrer – Multitalente angemessen vorbereiten

1184
 1185 Lehrer sind Autoritätsperson, Vorbildcharakter, Orientierungshilfe, Motivator und
 1186 Inhaltsvermittler für die Schüler. In unserer Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts
 1187 nehmen sie dadurch eine wichtige Rolle ein und müssen einer Fülle von Anforderungen
 1188 gerecht werden. Die adäquate Vorbereitung und Ausbildung unserer Lehrkräfte ist deshalb
 1189 eine elementare Grundlage.

1190
 1191 Die Entscheidung für ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen begrüßen wir, da ein Kopftuch in
 1192 unserem Verständnis ein eindeutiges Bekenntnis zu einer Religionsgemeinschaft darstellt
 1193 und keineswegs mit der politischen, ideologischen und religiösen Neutralität von Lehrkräften
 1194 vereinbar ist. Einer unserer wichtigsten Grundsätze die Trennung von Religion und Staat im
 1195 Sinne der Religionsfreiheit, würde durch das Tragen von religiösen Symbolen verletzt und
 1196 dies ist in diesem Sinne zu verbieten.

1197



1198 Um ihrer Rolle als Pädagogen gerecht zu werden müssen vor allem im Studium mehr
1199 Seminare zu psychologisch-kommunikativen und pädagogischen Elementen verankert
1200 werden. Denn der geringe Anteil den diese Komponenten im Grundstudium in Anspruch
1201 nehmen, spiegelt die immense Bedeutung dieser Aspekte im Lehrberuf nur unzureichend
1202 wieder. Denn viele Ursachen von Schulprobleme liegen in zwischenmenschlichen
1203 Problemen, sei es in den Familien oder der Schule zum Beispiel durch Mobbing.

1204
1205 Zusätzlich fordern wir die Aufnahme bzw. Ausweitung von Einheiten im Lehramtsstudium
1206 zum Umgang mit Technik, Mobbing und Binnendifferenzierung. Diese drei Themen spiegeln
1207 verschiedene Herausforderungen im aktuellen Schulalltag wieder und werden auch in
1208 Zukunft noch an Bedeutung hinzugewinnen.

1209
1210 Oftmals scheitert moderner Unterricht nicht an der Ausstattung, sondern an den Fähigkeiten
1211 der Lehrer mit Smartboard und Laptop umzugehen. Dem muss eindeutig entgegengewirkt
1212 werden, denn neben einer guten Ausstattung ist der richtige Umgang essentiell für
1213 gelungenen digitalen Unterricht. Der Lehrer soll hierbei nicht nur inhaltliche, sondern vor
1214 allem auch methodische Kompetenzen in Hinblick auf moderne Medien vermitteln und muss
1215 dafür richtig ausgebildet sein.

1216
1217 **Mobbing und Cybermobbing** sind an hessischen Schulen genauso ein Problem, wie
1218 anderswo. Gerade in Zukunft muss ein aktives Hinschauen und Eingreifen der Lehrkräfte
1219 gängige Praxis werden. Dies scheint momentan vor allem auch daran zu scheitern, dass die
1220 Lehrer von der Situation überfordert sind und vor lauter Angst etwas falsch zu machen,
1221 einfach gar nichts tun. Hierfür ist eine umfassende Aufklärung über Anlaufstellen und die
1222 Einführung von Leitlinien und Plänen zum Eingreifen unerlässlich, dies muss fester
1223 Bestandteil des Lehramtsstudiums werden.

1224
1225 Ähnlich gestaltet es sich bezüglich der **Binnendifferenzierung**, diese wird in zunehmend
1226 heterogeneren Klassen von den Lehrern gefordert und muss demzufolge ordentlich erlernt
1227 werden um Überforderung vorzubeugen. Denn eine überforderte Lehrkraft kann ihren
1228 Aufgaben nicht mehr gerecht werden.

1229
1230 Darüber hinaus spielt die Fort- und Weiterbildung eine wichtige Rolle bei der Lehrerbildung,
1231 neben der stetigen Aktualisierung der Lehrinhalte muss auch eine kontinuierliche
1232 Aktualisierung der Lehrmethoden und –erkenntnis gewährleistet werden. Dies geschieht
1233 primär über Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch hier müssen die oben genannten
1234 Elemente aufgegriffen werden, da diese bereits jetzt eindeutigen Handlungsbedarf
1235 aufweisen. Eine Ergänzung, Erweiterung, Aktualisierung und Anpassung an aktuelle Themen
1236 und Bedürfnisse der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ist für aktuellen Unterricht
1237 unabdingbar.

1238 Möglichkeiten zu verpflichtenden Seminaren zurückzukehren sollten überdacht werden.

1239
1240 Eine ständige Evaluation der Lehrer auch nach dem Referendariat oder der Verbeamtung
1241 scheint in vielen Fällen ratsam, um den Ehrgeiz der Lehrkräfte aktuell und gut zu
1242 unterrichten aufrechtzuerhalten.

